

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 21. September 1901.

№ 111.

Achtung! Bestellungen auf das IV. Qu. 1901 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Zum 23. September 1901.

An diesem Tage beginnen in Berlin die Tarifverhandlungen. Nach 5½-jähriger Pause treten die Prinzipals- und die Gehilfenvertreter wieder zusammen, um in tagelangen Beratungen einen Weg zu suchen, der bei Berücksichtigung der geäußerten Wünsche eine fernere gemeinsame tarifliche Koalition ermöglicht. Wenn dabei auch etwa 400 Anträge erledigt werden müssen, so steht doch außer Zweifel, daß nicht die Zahl derselben, sondern daß einige wenige schwerwiegende Anträge heiß umstritten werden, die auch den Gegenstand der hauptsächlichsten Beratungen bilden dürften. Die Anträge auf Erhöhung des Tausendpreises und des gewissen Geldes, der außerordentlich zeitgemäße Antrag München, daß bei Werkfab sich die Tausendpreise um 2 Pf. erhöhen, die Anträge zu § 18, 31, 32, 33, 34 und 37 werden den Löwenanteil der Verhandlungen zu tragen haben, weil in ihnen sich die dringlichsten Wünsche der Gehilfen konzentrieren und unter allen Umständen auch befriedigt werden müssen. Weder in Prinzipals- noch in Gehilfenkreisen ist man sich über den Ernst der Situation unklar, und wenn auch die beiderseitigen Organe auf eine Flut von Artikeln verzichteten, mit denen das eine zu beweisen und das andre zu entkräften hätte versucht werden können, so doch nur deshalb, weil das Schwergewicht bei der Abwägung von Gründen und Möglichkeiten liegt, die erst bei der Erörterung im Schoße des Tarif-Ausschusses die tarifliche Gestaltung bedingt.

Prinzipals- und gehilfenseitig neigt man in manchen Punkten zum Extrem. Aber nichts ist dem Zustandekommen und der gerechten Würdigung eines neuen Tarifes schädlicher als das leidenschaftliche Verharren auf Forderungen, deren einseitige Aufstellung gleichwohl und bedingungslos die Zustimmung des andern, gegnerischen Teiles voraussetzt. Da kann es dann nur Enttäuschungen geben, weil man keine durch die Verhältnisse bedingten Einwendungen gelten lassen will und doch mit Aufwendung aller Kräfte über diese Verhältnisse nicht hinwegschreiten kann. Das erzeugt dann Verbitterung, die am unrechten Orte abgeladen wird, weil der Enttäuschte immer nur nach den Personen sucht, die angeblich das Scheitern seiner Hoffnungen veranlaßt haben sollen.

Ruhig, klar, in sich gefestigt, verantwortungsvoll gesinnt und durchdrungen von der Ueberzeugung der Notwendigkeit ihres Handelns wie getragen von der Hingebung für die von ihnen zu vertretende Sache dürfen in diesen Tagen die Mandatare der Gehilfen sich nicht irre machen lassen durch den Verlust an Popularität, der die Folge ihres pflichtgetreuen Handelns ist. Namentlich die Jahre 1886 und 1896 haben mit einem derartigen Manko für die Gehilfenvertreter abgeschlossen, was will das aber besagen gegenüber dem Bewußtsein, der Kollegenschaft den größten

Dienst erwiesen zu haben. In diesem Sinne haben wir bis heute in der Presse gestanden und uns zum Kugelfange hergegeben zu dem Zwecke, eine möglichst leidenschaftslose Beurteilung der schwebenden tariflichen Fragen zu ermöglichen. Es ist nicht die Aufgabe des Corr., durch trügerische Kombinationen und die Vorzauberung Potemkinscher Dörfer Hoffnungen zu erwecken, von denen wir die unerschütterliche Ueberzeugung haben, daß sie auf dem Boden eines gemeinsam vereinbarten Tarifes nicht erfüllt werden können, wie wir es auch als eine unwürdige Zumutung zurückweisen, die Prinzipale, als überlegenere Kenner der Verhältnisse in der Gehilfenschaft und der gewerblichen Lage über das, was ist, durch den Thatfachen nicht entsprechende Artikel zu versuchen hinwegzutäuschen.

Nicht der Ausgang der Tarifverhandlungen war bisher verantwortlich zu machen für eine mehr oder weniger tiefgehende Opposition der Gehilfen gegen die getroffenen Abmachungen, sondern die Thatfache, daß man es vorher für notwendig befunden hat, der Gehilfenschaft zu sagen, daß es ausschließlich an ihr liege, wie hoch die Ertrungenschaften einer Tarifberatung bemessen werden können. Was Wunder, wenn dann die Gehilfenvertreter ans Kreuz geschlagen wurden, weil sie „umgefallen“, die „Begeisterung der Kollegen unterschätzt“, „verräterisch gehandelt“, in Wirklichkeit aber in dem entscheidenden Augenblicke bei rein nüchternen Fragen das preisgeben mußten, was sie vorher im guten Glauben den Kollegen nach Hause zu bringen versprochen hatten. Mancher Gehilfenvertreter unterschätzt auch die Schwierigkeiten, die sich bei den Beratungen aufstürmen und leider lassen sich all die Hindernisse und Gegengründe weder immer beseitigen noch entkräften, ohne dies alles der Gehilfenschaft dann aus äußeren und inneren Gründen genügend und überzeugend genug darlegen zu können.

Kann uns deshalb ein Vorwurf treffen, wenn wir das Schwergewicht bei der Entscheidung in der Tariffrage nicht künstlich zu verschleiben besinnen waren, wenn wir bei den wichtigsten Anträgen nicht mit einem starren Non possumus darüber hinweggingen in dem Empfinden, daß das „Nein“ und „Niemals“ gerade bei solchen Fragen sich bitter rächen muß? Haben wir die Gehilfeninteressen verletzt, wenn wir gerade im Hinblick auf die Geschichte unserer Organisation die Entwicklungstendenzen unseres nationalen Tarifes als belebend für die fortschrittliche Weiterentwicklung desselben in erster Linie beachtet und, so lange es sich mit den Interessen der Gehilfen und unserer Organisation verträgt, einen allgemeinen Tarif nicht wieder durch eine Tarifanarchie ersetzt wissen wollten?

Nachdem die Gehilfenschaft ihre Anträge und damit ihre Forderungen zur Tarifrevision gestellt hat, ist es, statt Ströme von Tinte fließen zu lassen, weit wichtiger, sich mit den Anträgen unser wirtschaftlich stärkern Partners vertraut zu machen und zu prüfen, inwieweit bei den hauptsächlichsten Anträgen eine Uebereinstimmung erzielt werden kann. Diese Frage wird bei den Verhandlungen den Gehilfenvertretern das meiste Kopfzerbrechen verursachen, aber darüber kommen sie

ebensowenig hinweg wie wir. Hier werden eben Kompromisse geschlossen werden müssen. Und ohne Kompromisse ist kein gemeinsamer Tarif denkbar, Kompromisse erfordert das praktische Leben auf Schritt und Tritt, zu Kompromissen werden wir in unserm Gewerkvereinsleben Tag für Tag gebrängt, keine Nation kommt ohne Kompromisse zu Verträgen mit anderen Staaten, selbst die Sozialdemokratie macht durch die Budgetbewilligungen der herrschenden Gesellschaft Konzessionen und der alte Liebknecht sagte seiner Zeit: „Alle praktische Arbeit ist ein Kompromiß von Theorie und Thatfachen.“ Unser „Verbrechen“ besteht also darin, in einer kritischen Situation nicht geschwiegen und uns hinter den Zentralvorstand oder die Gehilfenvertreter versteckt zu haben. Denn in der Sache selbst werden auch diese zu keinem andern Resultate kommen als wir es angebeutet haben. Nicht die Gewährung von Zugeständnissen an die Prinzipale — von denen wir selbstverständlich ebenfalls solche erhalten — bildet den springenden Punkt, sondern die Festsetzung der Grenze, bis zu welcher ohne Schaden für die Kollegenschaft die Gehilfenvertreter zu gehen das Recht haben. Diese Grenze läßt sich nicht finden in Mitgliederversammlungen und läßt sich nicht verwischen durch Protestresolutionen, sie ist heute vielleicht sämtlichen Mitgliedern des Tarif-Ausschusses noch nicht völlig klar und stellt sich erst nach streng sachlicher Abwägung aller Gründe und Gegengründe heraus.

Dabei haben wir im Auge den wichtigsten Antrag der Prinzipale, die Festsetzung des Minimums nach Altersklassen. Was wir in dieser Frage gesagt haben, ist das Produkt unserer reiflichsten Ueberlegung, gepaart mit den praktischen Erfahrungen in der Gehilfenschaft und im Gewerbe überhaupt. Wenn in verschiedenen Versammlungen versucht worden ist, uns zu unterschleiben, wir hätten Neigung, Lohnkürzungsplänen der Prinzipale zuzustimmen, so sind das ganz haltlose Deduktionen, denn nirgends haben wir das gethan und nirgends kann man das aus unseren Artikeln herauslesen. Unser Standpunkt ist in der Praxis radikaler als der jener Kollegen, die für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre ein Minimum von 18 Mk. zulassen wollen. Worin besteht denn unser „Zugeständnis“, daß z. B. in Stuttgart unter einem eignen Tagesordnungspunkte unsre Degradation vor versammelter Mannschaft vollzogen werden mußte? Wenn wir hloß um des äußern Effektes willen schreiben wollten, könnten wir mindestens ebenso radikal sein wie alle jene Versammlungen, die unsre „Schreibweise“ verurteilen, aber ganz vergessen haben, daß diese nicht ohne Einfluß geblieben ist, wenn es in manchen Druckereien gegen früher besser geworden ist und daß diese „Schreibweise“ mit dazu beigetragen hat, daß unsre Organisation innerlich erstarkt und äußerlich an Aufsehen gewonnen hat. Das erlauben wir uns, ohne unbescheiden zu sein, auch einmal zu sagen. Auf jeden Arbeiter, der für seine Thätigkeit keine anderen Gesichtspunkte walten läßt, als eine ihm übertragene undanbare Arbeit selbstlos zu erledigen, muß es im Laufe der Zeit deprimierend wirken, wenn er dafür fortgesetzt gewissermaßen als dumme Junge oder Verräter beschimpft wird,

während kein Kollege uns nachweisen kann, daß in den fünf Jahren unser redaktioneller Wirken irgend ein von uns in den mannigfachen Fragen vertretener Standpunkt irgend einmal Fiasko erlitten hätte. Thatsache ist jedoch, daß viele Kollegen, die vor Jahren glaubten, uns mit Haut und Haaren verschlingen zu müssen, heute sich zu unsrer „Schreibweise“ bekennen. Man sage daher entweder die wahren Gründe dieser Gegnerschaft oder man beweise uns aus der Erfahrung heraus thatsachengemäß das Falsche unsrer „Schreibweise“.

Ganz und gar verwerflich ist es aber, wenn Kollegen dem klaren Wortlaute unsrer Artikel gegenüber derartige absichtliche Verdrehungen vornehmen, daß gerade das Gegenteil von dem daraus wird, was geschrieben steht. Mit diesem berechtigten Vorwurfe belasten wir Kollegen August Bl. in Stuttgart, der in seinem Artikel in letzter Nummer das Menschenmöglichste in diesem Genre geleistet hat.

Wenn wir schon einmal in Del gesotten, auf dem Roste gebraten oder zum Pfählen begnadigt werden sollen, dann möge man wenigstens einen Schein von Recht wahren. Wir fragen noch einmal, was haben wir denn eigentlich den Prinzipalen zugestanden? Kollege Bl. polemisiert gegen unsern Artikel in Nr. 107. Gegen diesen Artikel kann ein objektiv denkender Kollege mit gesundem Urteilsvermögen überhaupt nichts einwenden, oder aber er möge versuchen, diesen Artikel mit Thatsachen zu entkräften; mit Hohn und Spott und mehr oder weniger faulen Wigen, wie sie der seinen Vornamen ostentativ hervorhebende Kollege August Bl. beliebt, ist gar nichts bewiesen. Es wäre nicht notwendig gewesen, daß derselbe besonders betonte, er sei noch keine 40 Jahre alt und müsse erst auf den „Schmammer“ warten, wir fürchten nur, er dürfte auch nach dem 40. Jahre sich nicht besonders über eine wesentliche Zunahme seiner Intelligenz zu beklagen haben. In unserm Artikel der Nr. 107 ist lediglich auf den Artikel in Nr. 100 verwiesen und dort steht geschrieben:

„Darum sage man einfach: das Minimum des gewissen Geldes beträgt 23 Mk. ausschließlich Sozialzuschlag, für Gehilfen bis zu 21 Jahren 21,50 Mk. Das wäre unser Erachtens die einzige Konzeption, die wir den Prinzipalen machen könnten unter der Bedingung, daß der Absatz 2 des § 33 gestrichen wird, während die Einleitung des neuen Prinzipalstratogramms und der von ihm festgesetzte Schluss bestehen bleiben kann. Dann haben beide Teile glatte Arbeiten und viel Unzufriedenheit und dem Tarife schädliche Streitigkeiten sind damit beseitigt. Unter diesen Umständen könnten wir auch der Prinzipalsseitig beantragten fünfjährigen Gültigkeitsdauer des Tarifes zustimmen. Die von den Kreisen I und VII beantragte Altersstala, welche Löhne von 16, 18, 21, 22 und 22,50 Mk. vorsieht und vom Kreise VI noch mit einem solchen von 24 Mk. ergänzt wird, muß von der Gehilfenschaft entschieden abgelehnt werden. Diese Anträge sind nicht einmal diskussionsfähig.“

Wir haben also einem niedrigeren Minimum der Kollegen bis zu 21 Jahren Propositionen gemacht „unter der Bedingung“, daß die Ausnahmebestimmungen für Neuausgelernte aufgehoben werden. Und in Nr. 107 haben wir noch einmal ausdrücklich gesagt:

„Es würde daher nach unserm Ermeßen nur zur tariflichen Einfachheit und Klarheit beitragen, wenn alle bezüglich des stufenweisen Minimums und der Bezahlung der Neuausgelernten gestellten Anträge in dem Sinne zusammengefaßt würden, daß man bis vielleicht mit 21 Jahren ein niedrigeres Minimum zuläßt als das allgemeine Minimum beträgt.“

Diese Konzeption würden wir den Prinzipalen machen unbefürchtet um alle Proteste, weil wir der Ueberzeugung sind, daß damit der Masse der Kollegen gedient ist. Darüber weiter unten. Was macht nun Kollege Bl. aus diesem unsern klaren Wortlaute. Er schreibt u. a.:

„Nicht genug, daß Kollege R. schon früher den Prinzipalen eine Konzeption auf eine fünfjährige Tarifgemeinschaft in Aussicht gestellt hat, ist er jetzt sogar dazu bereit, die Entlohnung der Neuausgelernten den Prinzipalen nicht bloß im ersten Jahre nach der Lehre, sondern bis zum 21. Jahre unter Minimum zu gestatten.“

„Heute sind die „leitenden“ Personen der Ansicht, daß für einen „jungen Schnüffel“, der seine vierjährige Lehrzeit beendet, 17 bis 18 Mk. nach der Lehre

genügen, ja daß dieser Satz sogar noch bis zum 21. Jahre ausgedehnt werden könne.“

„Dafür soll dem Prinzipale gestattet werden, einen Neuausgelernten im ersten Jahre nach der Lehre mit 17 bis 18 Mark zu entlohnen? Ja, Kollege Rehäuser phantasiert mit einer solchen Entlohnung unter Minimum sogar bis zum 21. Jahre!“

„Hat Kollege R. vergessen, daß eine solche Entlohnung des jungen Elements die denkbar größte Verschlechterung auch der älteren Gehilfen bedeutet? Ist Kollege R. nicht der Gedanke gekommen, daß die Prinzipale alten Gehilfen gegenüber erklären: „Wir bekommen Leute genug zu bedeutend billigerem Lohne! ??“ Wie paßt dieser Rehäusersche Erguß zu den allgemeinen Klagen über Lebensmittel- und Wohnungssteuerung?“

„Sollten aber die Gehilfenvertreter auf Grund der Ausführungen des Kollegen R. es sich zur Ehre gereichen lassen, für Neuausgelernte abermals Ausnahmebestimmungen annehmen zu wollen, sollte wieder ein Teil der Kollegen verraten und verschächert werden, dann wäre es besser, wenn im Korrespondenten vor der Tarifberatung der Ruf erkörte: „Rette dich, wer kann!“

„Wenn solchen schwachvollen Bedingungen abermals ein Platz im Tarife gewährt wird, dann können wir den schließlichen Söhnen Chinas die Wage halten, dann mag Tarif, Tarifgemeinschaft und Verband — der Teufel holen.“

Daß wir die Beseitigung der 17 und 18 Mk. Entlohnung ganz präzise und selbst für den Neuausgelernten ein Minimum von 21,50 Mk. verlangen, unterschlägt Kollege Bl., dafür läßt er uns mit einem Minimum von 17 und 18 Mk. sogar bis zum 21. Jahre „phantasieren“. Daß wir unter den von uns angegebenen Bedingungen einer fünfjährigen Tarifdauer zustimmen würden, wird dahin umgedeutet, daß wir bedingungslos für eine solche lange Dauer zu haben wären, wie auch die Stuttgarter Kollegen uns unterschrieben, daß wir „angesichts solcher Absichten der Prinzipale“ von einer fünfjährigen Tarifdauer gesprochen hätten. Man konstruiert sich Angriffsobjekte ad libitum und baut darauf seine Entrüstung auf. Mit Phrasen, wie „Regeljugenparagaphen“, „Schnapsgrößen“ usw. bringt man keinen Tarif zu stande, sondern verweist nur den Kollegen die leider oft so viel vernachlässigte tarifliche Arbeit. Wenn die vom Kollegen Bl. in „genannten leitenden Personen seine Ignoranz besitzen würden, wäre es schlimm um den Verband bestellt und die Prinzipale hätten mit den Gehilfen leichtes Spiel. Wo zum Teufel — der für Kollegen Bl. eine ziemlich wichtige Rolle in seinen Schlussfolgerungen zu spielen scheint — haben wir gesagt, daß es „der Gehilfenschaft zur Ehre gereicht“, für Neuausgelernte abermals Ausnahmebestimmungen annehmen zu wollen“, oder daß es „der Gehilfenschaft zur Ehre gereicht“ hat, „daß selbst in Städten wie Stuttgart und München Neuausgelernte mit 17,50 bis 18 Mk. entlohnt werden“? Hier fälscht Kollege Bl. abermals unsere Ausführungen um. Wir haben in Nr. 107 wörtlich geäußert:

„... es macht dem praktischen Verständnis unserer Kollegen durchaus Ehre, daß sie — im Gehilfeninteresse — in der Hauptsache die Beibehaltung gewisser tariflicher Ausnahmebestimmungen als notwendig bezeichnen.“

Welche Ausnahmebestimmungen können das nur sein? Es sind diejenigen, die sich auf die Städte unter 6000 Einwohner beziehen und wozu aus einer ganzen Anzahl Städte Ausnahmebestimmungen von den Gehilfen beantragt sind. Haben da vielleicht die Kollegen in Breslau, Mainz, Wiesbaden, Leipzig, Essen, Magdeburg usw. weniger Verständnis für die Ehre und die Interessen der Gehilfenschaft wie Kollege Bl.? Ausnahmebestimmungen sind immer ein Zugeständnis an Ausnahmeverhältnisse. Mag Kollege Bl. die letzteren beseitigen, dann fallen auch die ersteren. Daß aber die Kollegenschaft zum Zwecke einer nützlichen tariflichen Arbeit jene Bestimmungen in verbesserter Gestalt weiter bestehen lassen will, macht ihrem lediglich vom tariflichen und organisatorischen Interesse getragenen Verständnis alle Ehre und daran ändert auch die hämische Art und Weise nichts, wie Kollege Bl. glaubt diese An gelegenheit karrikaturenhaft verzerrern zu können.

Sollte aber dessen Standpunkt in der Bewertung der Tätigkeit der leitenden Personen bei den Kollegen Platz greifen, sollte der Wahnsinn auf den Thron erhoben und die Auffassung Gemeingut unserer Verbandsmitglieder werden, daß ihre Interessen „verraten und verschächert werden“, daß die Gehilfenvertreter „schwachvollen Bedingungen“ zustimmen und die Kollegen in ihrer Entlohnung auf den Standpunkt der „schlüsselgängigen Söhne Chinas“ zu bringen gewillt sind, dann steht einer „Aera August Bl.“ nichts im Wege, der dann auf der „Programmgrundlage“ in letzter Nummer jedenfalls eitel-Sonnenschein, Ruhm und Erfolg beschieden sein wird. Nur empfielt es sich — das wäre unser letzter Wunsch — abzuwarten, bis August 40 Jahre alt ist, sonst sind etwelche horrible „Schwabenreiche“ nicht ausgeschlossen. Wenn dieser Kollege noch der Meinung ist, daß unsere Ausführungen „aus Ladewigs Bierstuben“ stammen, womit gefagt sein soll, daß wir unsre unabhängige Meinung aus Berlin beziehen, so irrt sich Herr Bl. ganz gewaltig und wir müssen widersprechen selbst auf die Gefahr hin, den Widerspruch aller noch nicht 40 Jahre alten Schwaben zu finden.

Da man nun, wie die zahlreichen Proteste aus Mitgliederkreisen darthun, von unserm Vorschlage eine Schädigung der Gehilfen befürchtet und der Meinung ist, daß durch ein größeres Verlangen nach jüngeren, billigeren Kräften die älteren Kollegen geschädigt würden, so dürfte es wohl angebracht sein, unsern Vorschlag einmal sachlich zu untersuchen. — Wir wären also geneigt, den Prinzipalen das Zugeständnis zu machen, allen Kollegen, auch den Neuausgelernten, bis zum 21. Lebensjahre ein Minimum von 21,50 Mk. zuzubilligen, natürlich ausschließlich Sozialzuschlag, allen Kollegen, die älter als 21 Jahre sind, ein solches von 23 Mk. Eine Lohnerhöhung würde also bei allen Kollegen eintreten haben. Nur würde sie bei den älteren Kollegen erheblicher sein als bei den jüngeren. Und darauf kommt es uns gerade bei „den allgemeinen Klagen über Lebensmittel- und Wohnungssteuerung“ an. In der Regel ist der junge Mann 18 bis 19 Jahre alt, wenn er in die Gehilfenlaufbahn eintritt. Sofern er in seiner Lehrperiode bleibt und der Prinzipal von dem tariflichen Rechte Gebrauch macht und im ersten Gehilfenjahre dem jungen Gehilfen das niedrigere Minimum bezahlt, wird er 20 Jahre alt, ehe er das volle Minimum erhält. Wir vergessen dabei allerdings nicht, daß tüchtige Kräfte unter solchen Umständen nicht in ihrer Lehrperiode bleiben oder auch unter 21 Jahren sich entsprechend bezahlen lassen. Ein Zwang, daß sich die Kollegen bis zu 21 Jahren unter dem eventuell für sie festzusetzenden Minimum beschäftigen lassen müssen, besteht ebensowenig wie heute der, daß jeder Kollege zum Minimum arbeiten muß. Waren doch nach der Statistik von 1898 von 29054 ermittelten Gewißgeheuern rund 16600 über Minimum bezahlt, unter Minimum wurden 4170 Gehilfen entlohnt. Die letzteren sehen sich wohl in der Hauptsache aus jüngeren Kollegen zusammen, somit wäre unser Zugeständnis auch nach dieser Seite in Erwägung zu ziehen. Nun kommt auch ganz zweifellos eine Anzahl junger Gehilfen in Frage, die in den ersten Gehilfenjahren ihr technisches Wissen und Können noch zu bereichern haben, denn nur in den seltensten Fällen ist ein eben der Lehre entwachsender Kollege technisch so leistungsfähig wie ein älterer Kollege. Seitens unserer Kritiker wird da wohl der Einwand erhoben werden, daß es das Schuldkonto der Prinzipale lastete, wenn die jungen Leute ungenügend ausgebildet auf die Straße gestoßen werden. Gewiß ist das richtig, ist damit aber auch eine an sich bedauernde Tatsache aus der Welt geschafft? Sind nun infolge unsrer berechtigten Kritik diese Gehilfen auf einmal leistungsfähiger geworden oder müssen wir auch weiterhin mit ihnen rechnen? Und sollen da keine Zugeständnisse zu gunsten der tüchtigeren älteren, verheirateten Gehilfen gemacht werden dürfen? Und was haben wir zu thun, um in der Zukunft nach Möglichkeit vorzubeugen, daß solche

halbfertige Elemente der Gehilfenschaft zur Last liegen? Ist es da nicht gerade wünschenswert, daß unsere Tariforganisation erhalten bleibt, um wie bereits gesehen auch in der Zukunft den Beschäftigten züchtern und ausbeutern das Handwerk legen zu können? Man mag eben, wie wir bereits einleitend gesagt, den über die Gegenwart hinausreichenden Wert der Entwicklungstendenzen des Tarifwesens in Rücksicht ziehen, dann wird auch eine Befestigung der uns unangenehmen Verhältnisse im Gewerbe zu erreichen sein. Was sich jahrzehntelang eingeeiffen, ist nicht in dem verhältnismäßig kurzen Zeitraum von fünf Jahren aus der Welt zu schaffen.

Daß unser zweiteiliges Minimum nun mit einem Male eine Verschlechterung der Löhne der jüngeren Gehilfen herbeiführt, ist einfach nicht wahr. Man beweiße uns das Gegenteil. Im schlechtesten Falle erhalten sie 50 Pf. mehr als bisher, in der Hauptsache aber bei Fortfall der Bezahlung für Neuausgelernte bis zu 3 Mk. Will denn das gar nichts bedeuten?

Und wie viele dieser jungen Kollegen kommen denn in Betracht im Gegensatz zu dem Gros der Gehilfenschaft. Im Verbandsverhältnis 6- bis 7000 gegenüber 24- bis 25000 Gehilfen über 21 Jahren. Und wie viele von diesen 7000 konditionieren in kleinen Druckorten, haben heute das Minimum noch nicht und wie viele von ihnen stehen noch im ersten Gehilfenjahre? Wie viele von diesen jungen Gehilfen haben in Druckereien ausgelernt, wo ihr technisches Wissen Stückwerk geblieben ist? Glaubt man denn im Ernste, daß diese 7000 Gehilfen nun mit einem Male den übrigen 24000 das Brot wegnehmen, weil sie „billiger“ sind? Sollen denn diese Gehilfen lebenslänglich zum niedrigeren Minimum arbeiten? Die 20-jährigen kommen doch schon in einem Jahre zum Genusse des höhern Minimums. Was bleibt im Ernstfalle dann von jenen 7000 Gehilfen noch übrig, wenn man die frankten, arbeitslosen und die ungenügend ausgebildeten Kräfte in Abzug bringt? Dieser Rest ist nicht so zahlreich, um ernstlich für eine Gefährdung der besser bezahlten Gehilfen in Betracht zu kommen. Unsere Druckereien sind schon um der Konkurrenz willen gehalten, vor allem tüchtige Kräfte einzustellen und je mehr durch die Sechsmaschinen der glatte Satz eingeschränkt wird, desto mehr steigen die Anforderungen an den Handsetzer und insolge dessen sind auch den älteren und erfahreneren Kollegen größere Chancen geboten. Gewiß wird der eine oder andere Prinzipal einem 20-jährigen Gehilfen den Vorzug geben, das geschieht aber auch heute schon, besonders von solchen Druckereien, in denen ein tüchtiger Gehilfe überhaupt nicht arbeiten will, weil dort die Parole nicht „gut“, sondern „viel“ lautet. Und schließlich sind die Tarifsituationen und unsre Organisation auch noch da, um die Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Wir glauben nicht, daß unsere jungen Leistungsfähigen Verbandskollegen nun einen Sport darin erblicken werden, die älteren Kollegen zu verdrängen, vielmehr werden sie darauf dringen, ihre Arbeit sich angemessen bezahlen zu lassen. Und so viel Solidarität und Kollegialität kann den jungen Kollegen noch anezogen werden, daß sie ihren älteren verheirateten Kollegen den schweren Kampf ums Dasein erleichtern helfen und es verstehen werden, wenn im Selbsthaltungsinteresse der Organisation den am härtesten bedrängten Kollegen auch vor allem zur Seite gestanden werden muß. Wie die allgemeinen Verhältnisse liegen, brechen unsere verheirateten Kollegen unter der Last der heute an sie gestellten materiellen Anforderungen fast zusammen. Diese Kollegen müssen bei der Tarifbewegung zunächst berücksichtigt werden, denn nicht zuletzt auf ihnen ruht das Fundament unsers Verbandes.

Was wären also die praktischen Folgen einer eventuellen Annahme unsers Vorschlages? Es würde für die Kollegen von 18 bis 21 Jahren z. B. in Leipzig das Minimum betragen 24,68 Mk., für Kollegen über 21 Jahre 26,68 Mk. Hierzu käme noch der erhöhte Lokalaufschlag für Leipzig,

den die in dieser Beziehung bisher unerhört vernachlässigte Stadt endlich einmal in der geforderten Höhe erhalten muß. Könnte angeichts dieser Lohnsätze davon die Rede sein, daß die Kosten der Tarifgemeinschaft von den jungen Kollegen getragen werden? Mit etwa 26 Mk. kann ein junger Kollege doch weit besser auskommen als ein verheirateter mit 28 Mk. Kann da noch von „schmachvollen Bedingungen“, von „verraten und verschachtelt“ die Rede sein. Wenn ja, dann verzichten wir darauf, ein Verständnis für die Vertretung von Gehilfeninteressen zu haben. Wir zweifeln aber nicht daran, daß in den sich heute noch gegen unsern Vorschlag entrichtenden Mitgliedschaften allmählich eine ruhigere Auffassung die Oberhand gewinnt und daß die von uns angedeuteten Gesichtspunkte denn doch nicht so ganz als undiskutierbar abgethan werden.

Wir sehen keinen Ausweg, wie es möglich gemacht werden könnte, den verheirateten Kollegen eine beträchtlichere Lohnhöhung zukommen zu lassen, wenn die Lohnhöhung eine allgemeine sein soll. In diesem Falle müssen dann, wie die Verhältnisse einmal liegen, die alten Gehilfen zu gunsten der jüngeren auf eine gewinnichste Verbesserung verzichten. Ist es da nicht richtiger, wenn die jungen Kollegen ihren alten den Kampf ums tägliche Brot erleichtern? Während in der Regel der jüngere Kollege für sich allein zu sorgen hat, setzen sich beim verheirateten mittags fünf bis sechs hungrige Mäuler an den Tisch und während der junge Kollege bei Arbeitslosigkeit noch immer so halbwegs durchkommt, ist der verheiratete Kollege gezwungen, Schulden zu machen, die ihm dann jahrelang zu einer drückenden Last werden. Der junge Kollege setzt sich auf die Bahn und nimmt sein Hab und Gut in der Reisetasche mit, der verheiratete kann sich diese „Bewegungsfreiheit“ nicht oder nur schwer leisten.

Man mag aber bei unseren Darlegungen nicht vergessen, daß wir das zweiteilige Minimum nicht an sich verteidigen, am liebsten wäre uns, wir hätten überhaupt mit keinerlei Ausnahmebestimmungen zu rechnen, sondern nur bei dem Aufwerfen der Frage, wie können wir für den bedürftigsten Teil unserer Kollegen eine höhere Lohnzulage herauszuschlagen, zu der von uns gekennzeichneten Auffassung gelangt sind, zudem auch die diesbezüglichen Prinzipalansätze nicht pure abgelehnt werden können. Schließlich braucht sich auf unsre persönliche Meinung niemand zu verpflichten, wie auch die Gehilfenvertreter, weil der Kollegenschaft allein verantwortlich für den neuen Tarif, auch ohnedies wissen, was sie zu thun haben. Im übrigen sind wir der Meinung, daß das zweiteilige Minimum weit leichter die neuen Lohnsätze einführen läßt als ein allgemeines Minimum, das außerdem materiell hinter dem von uns proponierten zurückstehen würde.

Das eine muß man uns zugestehen, daß angesichts der herrschenden Krise die Zeit nicht eben gerade günstig für Abschluß eines uns besonders vorteilhaften Tarifes ist. Aber weil wir nicht für die nächste Zeit, sondern auf Jahre hinaus einen Tarif vereinbaren, hat die unangünstige Konjunktur nicht den Einfluß auf den neuen Tarif, wie dies in Gewerben der Fall ist, deren Unternehmer nur zu Zeiten einer günstigen Konjunktur sich zu Zugeständnissen an die Arbeiter herbeilassen. Würden wir uns von der Konjunktur abhängig machen, so würden wir ewig auf einem toten Punkte bleiben, daran würde das tarifliche Spiel von Flut und Ebbe gar nichts ändern. Wie kann da nur jemand annehmen, daß wir der Prinzipalität eine fünfjährige Tarifdauer zugestehen würden. Für nur der augenblicklichen Konjunktur angepaßte nichts sagende Bewilligungen. Gerade weil wir uns über die Konjunktur erheben und ein gleiches auch von der Prinzipalität voraussetzen, wird ein Tarif zu stande kommen können, der uns die notwendigen Lohn erhöhungen bringt. Will man aber nur eine kurzzeitige Tarifdauer, dann wird der neue Tarif nur im Hinblick auf die gegenwärtigen schlechten Wirtschaftsverhältnisse abgeschlossen werden. Dann ver-

lohnen sich die Tarifverhandlungen überhaupt nicht und man kann sich die Debatten in Berlin schenken.

Lange genug aber hat die Gehilfenschaft angeichts der andauernden Feuerungsverhältnisse, die keine wesentliche Milderung erfahren werden, mit einem geringen Lohne einen Ausgleich versucht, der ihr nicht gelang. Es sollen daher die Tarifverhandlungen nicht bloß ein Spiel mit Worten sein, sondern es soll nach beinahe sechsjähriger Dauer ein Tarif zu stande kommen, der von dem Prinzipal diktiert ist: Leben und leben lassen! Agrarier, Handwerker, Hausbesitzer, Fleischer, Bäcker, Staat und Gemeinde — alle, alle erheben höhere Ansprüche und wer soll diese befriedigen: der Arbeiter! Bei ihm heißt es nur immer zahlen und zahlen; will er aber mehr haben, erklären alle anderen Berufsstände, dies sei nicht angängig, die Zeiten wären zu schlecht. Hoffentlich stimmen unsere Arbeitgeber nicht auch noch in den Ruf ein, denn was wir verlangen ist von der Not diktiert und die bricht bekanntlich Eisen. Außerdem gestatten die gewerblichen Verhältnisse die Befriedigung der maßvoll gehaltenen Gehilfenforderungen. Wenn auch bei den Verhandlungen noch mancherlei Konzessionen hüten und drüben gemacht werden müssen, so doch nur dann von unsrer Seite, wenn sich durch die materiellen Zugeständnisse der Prinzipale die Revision des Tarifes überhaupt verlohnt. Bei den gegenwärtigen Lohnsätzen können die Gehilfen nicht mehr existieren, weil nun eben leider — unter Ausschreibung der bevorzugteren Posten — das Minimum und wenig darüber die herrschende Entlohnungsweise darstellt. Die Gehilfenschaft hat diesmal auf die infolge des Uebernehmens der Sechsmaschine so notwendige Arbeitszeitverkürzung Verzicht geleistet in der Voraussetzung, durch eine entsprechende Lohnhöhung die dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können — hierin kann und darf sie nicht getäuscht werden, andernfalls wir die fruchtbare Arbeit der letzten Jahre aufs äußerste gefährdet sehen. Wir wünschen, daß man auch bei den Prinzipalen vorurteilslos die Gehilfenanträge prüft und unter Berücksichtigung der Gehilfenlage denselben die notwendigen Konzessionen macht.

Tarifaufbesserung und Zeitungsverleger.

Wir finden in Nr. 35 vom 29. August der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker einen Artikel über die Sachverhältnisse größerer Tageszeitungen und den zukünftigen Buchdruckerarif. Der betreffende Artikel ist geeignet, in den bei der diesjährigen Tarifverhandlung beteiligten Kreisen Berpflitterung hervorzurufen, weshalb es geboten erscheint, darauf etwas näher einzugehen, wenn man auch eine Verteidigung der in dem Artikel vertretenen Ansichten selbst von seite der Prinzipale kaum erwarten dürfte.

Berücksichtigt man, daß der betr. Artikel in einem Organe unserer Prinzipale geschrieben steht und von einem Zeitungsverleger, oder, was wahrscheinlicher dünkt, da die vertretenen Ansichten von ziemlicher Unkenntnis getrübt sind, von einem Handlanger der Zeitungsverleger verfaßt ist, kann man schon aus der Ueberschrift die Quintessenz des ganzen Artikels herausfischen. Nichts liegt näher als die Vermutung, eine Aufbesserung unserer tariflichen Positionen mit den herrschenden Verhältnissen an den Tageszeitungen nicht in Einklang bringen zu können.

Der Herr Verfasser scheidet (ob mit oder ohne Absicht, wollen wir nicht behaupten) nachdrücklich das Adjektivum „größere“ in die Ueberschrift ein, wonit er wohl ganz richtig andeuten wollte, daß in der Herstellung größerer wie auch kleinerer Zeitungen unter sich oft ein recht himmelweiter Unterschied besteht. Es wird aber vergessen, daß auch die Entlohnung des beteiligten Personales eine ebenso verschiedene ist und in der bezogenen Bilanz einfach die Forderung aufgestellt, bei den diesjährigen Tarifverhandlungen von einer Erhöhung der Bezüge für Zeitungssetzer abzusehen. Hier läßt also der Verfasser jeden Unterschied außer Betracht und zieht die Abschlußstriche für alle Zeitungsverleger. Das ist inkonsequent und unerträglich. Aber auch der für die Verhältnisse an den größeren Zeitungen angelegte Maßstab kann unter keinen Umständen als kompetent gelten. Es werden da Löhne für die Setzer aufgeführt, die einem unwillkürlich einen lichten Stern an dem unendlichen Firmament unsers Zeitungshimmels vor Augen führen. Es mag zugegeben sein, daß diese größere Tageszeitung, deren jeder daran tätige Setzer einen jährlichen Verdienst von 2200 Mk. erzielt, wirklich existiert; dann dürfte es aber auch nur die einzige im ganzen großen Reiche sein! Daß zu Gunsten dieser einzigen Zeitung von einer Aufbesserung der Zeitungssetzer abzu-

sehen ist, liegt nicht im Interesse des großen Ganzen, und dieser Standpunkt wird selbst bei unseren Prinzipalen wenig Entgegenkommen finden.

Ueber die thatsächlichen Durchschnittsverhältnisse in kleinen wie größeren Zeitungsdruckereien ist so vieles geschrieben worden, daß es unnötige Mühe wäre, hier abermals darauf zurückzukommen. Der Ehrlichkeit wegen sei bemerkt, daß in dem hier. Artikel aufscheinend nur das Verhältnis der Anzeigenfeger angezogen wurde, die allerdings hier und da durch Verwendung des „Speedes“ sich im Verhältnisse höher stellen als die meisten Accidenz- oder Verfeger. Der Umstand jedoch, daß von der Berechnung vollster Klischeeanzeigen in der dem Maßstabe zu Grunde gelegten Zeitung gesprochen wird, verrät ein mit dem Personale getroffenes privates Abkommen, weshalb schon aus diesem Grunde die angezogenen Verhältnisse für den Durchschnitt der deutschen Zeitungsdruckereien nicht maßgebend sein können. Das Maß der völligen Verrechnung der wirklichen Sachlage wird vervollständigt durch den gezogenen Schluß, daß im Falle der in Aussicht genommenen Erhöhung der jetzigen tariflichen Normen um 33 1/2 Proz. für die 14 Sezer und 2 Metreure dieser ausgewählten Druckerei an Lohn ein Mehraufwand von 11816,66 Mk. erforderlich sei! Das macht pro Kopf und Sezer jährlich beinahe 750 Mk.; damit könnte man zufrieden sein! Eine Druckerei, deren Sezer bei privater Vereinbarung jährliche Löhne von 2200 Mk. verdienen, dürfte sicher auch in der Lage sein, den jetzigen allgemeinen Tarif und noch einige Prozente mehr zu zahlen. Es kann sich bei Festsetzung der Normen für den allgemeinen deutschen Tarif nicht darum handeln, der einen oder andern Spezialklasse von Prinzipalen eine Extravurst zu braten, wenn dadurch das Gelingen des Ganzen aufs Spiel gesetzt wird. Jeder einzelne Betrieb hat erahrungsgemäß seine Besonderheiten; wo hier die eine Druckerei mit bestimmten Vorteilen arbeitet, hat die andere mit Schwierigkeiten zu kämpfen und umgekehrt, einerlei ob Accidenz- oder Zeitungsdruckerei. Man behauptet aber sicher nicht zuviel, daß gerade auf Accidenz- und Werkdruckereien die jetzt herrschende gewerbliche Krise, die der Verleger u. a. zur Begründung seines Standpunktes mit anführt, weit ungünstiger einwirkt als auf Zeitungsdruckereien. Angenommen, daß manche Zeitung wirklich einen Ausfall an Reklameanzeigen durch den gewerblichen Niedergang zu verzeichnen hat, so ist hierdurch der Verlust an Anzeigen wenigstens einigermaßen ausgeglichen durch den aus der Verringerung des Anzeigenteiles resultierenden Wandaufwand an Papier, Druck, Sapherstellungs-kosten, während die Zahl der Abonnenten (die bei allen Zeitungen hauptsächlich ins Gewicht fällt) nur im alleräußersten Falle durch einen gewerblichen Niedergang getroffen wird. Andererseits wird sich auch mancher Fabrikant oder Lieferant gerade durch eine gewerbliche Krise herbeilassen, durch erhöhte Reklame in den Zeitungen die Aufmerksamkeit des Publikums auf seine Artikel zu lenken. Auch genießt der Zeitungsverleger und -Drucker gegenüber dem Werk- und Accidenzdrucker durch den gewerblichen Niedergang direkt bedingte Vorteile: er ist in der Lage, seine wichtigsten Materialien, namentlich das Druckpapier, unter weit günstigeren Bedingungen und zu billigerem Preise einzukaufen als bei normalem Geschäftsgange. Es ist bekannt, daß bei schlechtem Geschäftsgange in erster Linie die Papierproduktion mitbetroffen wird, daß die Produktion der Werk- und Accidenzpapiere eingeschränkt und diese Einschränkung durch Mehrproduktion an Zeitungspapier, als dem immer begehrten Artikel, wett zu machen versucht wird. Letzteres selbst auf die Gefahr hin, daß man billiger als sonst gewohnt zu verkaufen gezwungen ist, und wir wissen, daß schon heute bedeutende Druckpapierfabrikan ten den Zeitungsverlegern ihre Vorräte zu äußerst günstigen Bedingungen und niederen Preisen anbieten. Von einer Herabsetzung der Preise für die übrigen Papiere hat man jedoch noch nichts vernommen!

In vorstehenden kurzen Zügen dürfte zur Genüge klar gelegt sein, daß der Zeitungsdrucker keinesfalls mit ungünstigeren Verhältnissen zu rechnen hat als der Werk- und Accidenzdrucker. Mitbin ist es ausgeschlossen, bei den diesmaligen Tarifverhandlungen den Herren Zeitungsverlegern besondere Vergünstigungen und Vorrechte einzuräumen. Was dem einen recht, das ist dem andern billig, und in diesem Falle sowohl im Interesse der Gehilfen als in dem der Prinzipale.

Stuttgart.

Paul Sprögg.

Zur Tarifrevision.

Bereits vor einiger Zeit wurde an dieser Stelle nachgewiesen, daß nur die allgemeine Rückkehr zum Berechnen des Satzes, mit Ausnahme desjenigen von Accidenzen, den Niedergang des Sezerstandes aufzuhalten vermöge. Die von Prinzipalsseite anlässlich der Tarifrevision vorgeschlagene Gehaltskala nach Altersstufen beweist, daß den meisten Buchdruckereibesitzern die Vorteile des gewissen Geldes in der gegenwärtig gehandhabten Praxis ihrer Leiter in hohem Grade zufließen, wenn hierdurch auch der Tarif umgangen bzw. seine Innehaltung in Frage gestellt wird. Obgleich nun niemand verpflichtet ist, mehr zu leisten als ihm gezahlt wird, so ist doch mancher bestrebt, mehr zu thun, in der Erwartung, Zulage zu er-

halten. Ein solches Verhalten ist zwar, von rein menschlichem Standpunkte aus betrachtet, begreiflich, macht aber den Tarif illusorisch und zieht neben Schwächlingen auch ein Strebetum groß, das Aufbesserungen nur vom Prinzipale erwartet und dem auf Leistungsfähigkeit sich stützenden Teil der Gehilfen im Drängen nach angemessener Bezahlung ihrer Kräfte teils gleichgültig, teils aber auch mißgünstig gegenübersteht. Dieser Zustand bürgert sich leider mehr und mehr ein, besonders in solchen Geschäften, in denen der Speid im gewissen Gelde, die schlechten und schwierigen Arbeiten aber im Berechnen hergestellt werden. Der Antrag, einen großen Teil der Gehilfen in den leistungsfähigsten Jahren mit Minimalgehältern entlohnen zu wollen, kann doch nur darauf hinauslaufen, ihnen weniger zu zahlen, als ein tarifmäßiges Berechnen ihnen eintragen würde, denn die Alterskala ist nicht nur für Accidenzsezer, sondern für alle im gewissen Gelde thätigen Sezer in Vorschlag gebracht, und die Zahl der letzteren ist schon sehr groß und steigt noch fortwährend.

Als Werke und Zeitungen allgemein noch berechnet wurden, war die Solidarität weit stärker ausgeprägt unter uns wie heute, weil die große Mehrzahl von uns ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der sämtlichen Bestimmungen des Tarifies hatte. Gegenwärtig, wo nur noch ein Teil berechnet, der andre aber im gewissen Gelde arbeitet, interessiert sich der letztere, soweit er in gesicherter Stellung zu sein glaubt, anlässlich jeder Tarifrevision meist nur noch für Erhöhung der Lokalaufschläge, der Grundpositionen und des Minimums des Tarifies, läßt aber teilweise dabei außer acht, daß der hohe oder niedrige Verdienst der in einer Druckerei berechnenden Sezer auch für die gewissen Geldsäge des betreffenden Geschäfts von Einfluß ist und sowohl erhöhend wie hinfaltend auf dieselben wirkt. So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist jeder einzelne im gewissen Gelde Thätige gezwungen, auf eigene Faust um Aufbesserung vorzugehen, erzielt aber nur selten Erfolge, da unsere Leiter gegenwärtig größtenteils nur darauf bedacht sind, möglichst große Gewinne für das jeweilige von ihnen geleitete Geschäft zu erzielen und so ihre Stellung zu befestigen, hier und da auch noch Gratifikationen oder auch Anteil am Geschäftsgewinn einzubehalten. Und während früher allgemein ältere Kollegen, wenn sie im Berechnen in der Leistungsfähigkeit nachließen, mit angemessenem Lohne ins gewisse Geld gestellt wurden, verfährt man seit der Tarifbewegung von 1891 vielfach umgekehrt, indem man sie, die bis dahin im gewissen Gelde thätig waren, ins Berechnen stellte. Daß die Prinzipale in der Mehrheit nicht gewillt sind, jüngere Gehilfen, die sie der Alterskala unterwerfen möchten, in vorgerückten Jahren mit dem ortsüblichen höchsten Gehaltsbäge zu entlohnen, gewissermaßen als Ausgleich für den in jungen Jahren erlittenen Ausfall, geht aus ihrem bezüglichen Antrage zur Tarifrevision durchaus deutlich hervor: unter dem Minimum wünschen sie diejenigen zu entlohnen, die ihnen mitunter jahrzehntelang regelmäßig mehr verdient haben als sie tarifmäßig hätten verdienen sollen. Jedenfalls befinden wir uns auf einer tiefen Ebene, wenn das gewisse Geld, wie das seit 1891 der Fall ist, noch mehr um sich greift.

Wenn nun auch anlässlich der gegenwärtigen Tarifrevision seitens der Gehilfen kein Antrag auf Wiedereinführung des allgemeinen Berechnens von Werken und Zeitungen gestellt wurde, so möchte ich die Gehilfenvertreter doch bitten, einen solchen zu erwägen und eventuell für die nächste Tarifrevision in Aussicht zu stellen, gewissermaßen als Antwort auf die von den Prinzipalen beantragte Alterskala, die nicht nur unsere jüngeren Kollegen auf Jahre hinaus unter Tarif zu entlohnen beabsichtigt, sondern infolge davon auch die höheren Altersstufen auf einen entsprechend tieferen Gehaltsbäge herabdrücken möchte.

Korrespondenzen.

Baden-Baden. Am 8. September vormittags wurde im Vereinslokale das 25-jährige Jubiläum unseres Kollegen Gallus Köhlschöcker in angemessener Weise gefeiert. Der Jubilar erweist sich in hiesigen Kollegenkreisen großer Beliebtheit und war namentlich während seiner mehrjährigen Thätigkeit als Vorsitzender des Ortsvereins stets nach Kräften bemüht gewesen, die unter den Kollegen in überreichem Maße herrschenden Gegensätze nach Möglichkeit auszugleichen. Nachdem der Jubilar erschienen war, richtete der Vorsitzende Lichtenberg eine Ansprache an denselben, in welcher er der Verdienste desselben um die Verbandsache und den Ortsverein gedachte und überreichte ihm zum Schluß im Namen des Ortsvereins zwei Silber in Rahmen nebst Widmung. Hierauf dankte der Geseierte den Anwesenden für die ihm bereitete Ehrung und ermahnte die Kollegen, allezeit treu zum Verbande zu stehen. Inzwischen waren mehrere Telegramme eingetroffen und zwar von Gau- und Bezirksvorstände sowie von den Mitgliedschaften Lahr, Offenburg und Nassau. Mit Absingung eines Liedes, welches dem Jubilar von einem poetisch veranlagten Kollegen gewidmet war, wurde die vormittägige Feier beendet. Der Nachmittag vereinigte die Kollegen zu einem Ausfluge nach Doss, durch den bei vorherrschend anmüder Stimmung die Feier einen würdigen Abschluß fand. Nicht unerwähnt soll jedoch bleiben, daß sowohl bei der Feier selbst als bei der tags zuvor stattgefundenen Versammlung kaum die Hälfte der Kollegen anwesend war. Man sollte doch meinen, die Kollegenchaft hätte es angeht, der bevor-

stehenden Tarifrevision mehr wie je nötig, in den Versammlungen zu erscheinen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen. Wann wird endlich diese Einsicht zum Durchbruche kommen?

s. Bremen. In der Bezirksversammlung vom 7. September brachte der Kreisassessorverwalter Ganschow das unqualifizierbare Benehmen des Sezers Heint. Schulz aus Rosfod zur Sprache, der ihn auf dem Verkehre als Streifkrocher und Lump betitelt habe in Gegenwart von mehreren anderen Reisenden. Hierzu wurde von mehreren Rednern ausgeführt, daß ein Mensch wie Schulz, der nachweisbar nur auf Kosten seiner Kollegen lebt, keinen Menschen beleidigen könne. Wenn auch der Verband froh sein müsse, einen solchen Menschen los zu werden, so wäre der Gauvorstand doch der Ansicht gewesen, daß der Bezirksvorstand formal nicht im Rechte gewesen sei bei Entziehung der Legitimation. Andererseits hätte kein Kollege das Recht, einem andern ein Vergehen vorzuwerfen, das um 10 Jahre zurückliegt, zumal wenn, wie hier, der angegriffene Kollege stets seitdem für die Interessen des Verbandes eingetreten sei und mehrere Male seine Kondition dabei aufs Spiel gesetzt habe. Mit dem Wunsche, daß im Corr.-Berichte diese Angelegenheit zur Sprache gebracht werden möge, glaubte man über diese Angelegenheit hinweggehen zu können, indem die Ausdrücke Schulzes als Deliriumausbrüche bezeichnet wurden. Ein Antrag, dem Gesangsvereine Gutenberg einen jährlichen Zuschuß von 40 Mk. außer Extra-Auswendungen bei Verbandsfestlichkeiten zu bewilligen, wurde nach langer Debatte angenommen. Die durch die Brinnerische Klage entstandenen Kosten von Mk. 53,50 wurden bewilligt, wobei bedauert wurde, daß keine Berufung eingelegt worden ist; ebenso hätte die Sache auch dem Gauvorstande überwiesen werden müssen. Eine anlässlich des Weberstreiks in Gunewalbe vom Vorstande bewilligte Streikunterstützung von 30 Mk. wurde gutgeheißen. Ein Antrag des Kollegen Just auf Nachbewilligung von zu wenig erhaltenem Krankengeld fand Annahme. Der betreffende Kollege hatte nach längerer Krankheit wieder 2 Tage gearbeitet und mußte sich darauf wieder krank melden. Während nun die Ortskrankenkasse dies als neue Erkrankung behandelt und deshalb die niedrige Unterstützung bezahlt, muß dies vom Verbande als fortlaufende Krankheit gegläßt werden. Da nun die Ortskrankenkasse nach 6 wöchentlicher Krankheit eine höhere Unterstützung gewährt; so war seiner Zeit, um keine Ueberversicherung stattfinden zu lassen, der vom Bremer Buchdrucker-Verein gewährte Zuschuß von dieser Zeit an herabgesetzt worden. Es wurde betont, daß es nicht im Sinne der damaligen Versammlung gelegen war, die Kollegen zu schädigen, und wäre die Fassung des Statuts daher zu ändern, um solche Meinungsverschiedenheit wegen der verschiedenen Auffassung der erneuten Erkrankung zu vermeiden. Ueber den ersten Teil des Punktes: Stellungnahme zur Berichtigung des Kollegen Rhein und zum Versammlungsberichte des Bezirks Oldenburg, wurde zur Tagesordnung übergegangen mit der Begründung, daß es keinen Zweck habe, sich hiermit noch einmal zu befassen, da schon zwei Versammlungen sich mit dieser Sache befaßt und jeder Kollege sich sein Urteil darüber gebildet haben könne; man könne es auch dem Kollegen Rhein nicht verwehren, sich gegen Angriffe zu verteidigen. Zum zweiten Teile des Punktes wurde betont, daß in den Gauaufträgen keine Bestimmung darüber enthalten sei, daß mehr Kandidaten zur Gauvorstandswahl aufgestellt werden könnten; man könne es keinem Kollegen verdenken, wenn er sich nicht lediglich als Strohmann aufstellen lassen wolle; übrigens stände es dem Bezirk Oldenburg ja frei, beim nächsten Gantage eine diesbezügliche Aenderung des Statuts zu beantragen. In eine wegen Gründung eines graphischen Kartells stattfindende Sitzung wurden 3 Vorstandsmitglieder delegiert. Es wurde gerügt, daß das Verbandsmitglied Obermaschinenmeister Seifert den Hilfsarbeitern bei der Firma Schilnemann Schwierigkeiten wegen ihrer Organisation in dem Weg legt und betont, daß dies eines Verbandsmitgliedes nicht würdig sei. Hierbei bedauerte Kollege Rosenlechner, daß der Zentralvorstand bei dem Schilnemannschen Konflikte einen Ausschlußantrage gegen die Stehendegebliebenen nicht stattgegeben habe, da solche Leute den Verband mehr schädigten als die Nichtorganisierten.

Breslau. (Allgemeine Buchdrucker-Versammlung vom 11. September.) Kollege Fiedler eröffnete die von etwa 150 Kollegen besuchte Versammlung und besprach in summarischer Weise die von den Gehilfen gestellten Anträge zur Tarifrevision. Hierzu ergriff Kollege Schlag als Referent das Wort. Er erwähnte, daß seitens der Gehilfen 341 Anträge gestellt seien, von welchen, obwohl sie zweifelsohne aus dem Bedürfnisse hervorgegangen, doch wohl ein Teil unter den Tisch fallen würde. Die Prinzipalsanträge einzeln besprechend, wies er nach, daß sie fast sämtlich für die Gehilfen eine Verschlechterung des bisherigen Tarifies bedeuten. Insbesondere beschäftigte er sich mit den Anträgen zu § 33, welche das Minimum des gewissen Geldes nach einer Alterskala festsetzen wollen. Mit dem Artikel der Zeitschrift, welche diese Art der Normierung des Lohnes als vorteilhaft für die Gehilfen darstellt, könne er sich nicht einverstanden erklären. Es sei zu befürchten, daß ältere Gehilfen nur im Notfalle eingestuft würden. Auch die Befreiungskala für die Maschinenmeister sei verschlechtert, obwohl die Zahl der tonditionslosen Maschinenmeister verhältnismäßig höher sei als die der Sezer. Als einzig sympathisch für ihn könne er nur die Resolution bezeichnen, durch welche der Bundesrat ersucht werden soll,

über die Zeit der in einem Betriebe zulässigen Lehrlinge jezeitliche Vorschriften zu erlassen. Den Antrag des Tarifamtes zu § 40, die beschlossenen Abänderungen des Tarifes fünfjährig vom 1. April in Kraft treten zu lassen, könne er ebenfalls nicht als empfehlenswert bezeichnen. — In der folgenden Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten allseitig zugestimmt und die Altersstala für die Gehilfen als unannehmbar bezeichnet. Für das gleiche Arbeitspensum sei auch der gleiche Lohn zu gewähren. Der von der Corr.-Redaktion geknüpften bedingten Zustimmung zu der Altersstala könne nicht beigetreten werden. — Es gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme: Die am 11. September im Saale der Neuen Börse tagende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erblickt in den vorliegenden Prinzipalsanträgen eine gänzlich ungerechtfertigte Verschlechterung des bisherigen Tarifes und spricht sich entschieden gegen die auf Grund des § 33 des Tarifes seitens der Prinzipale gestellten Abänderungsanträge, betreffend die Entlohnung nach Altersstufen, aus. Die Versammlung gibt den Gehilfenvertretern auf, unbedingt gegen alle und jede Ausnahmebestimmungen, wie sie in den Prinzipalsanträgen enthalten sind, zu stimmen. — In seinen Schlussworten gab Kollege Fiedler die Hoffnung Ausdruck, daß die Prinzipale den Anträgen, welche für uns recht und billig sind, zustimmen werden, des für beide Teile geltenden Sprichwortes eingedenk: Friede ernährt, Unfriede verzehrt. — Nach der Versammlung fand ein gemütliches Beisammensein der Verbandsmitglieder zu Ehren unsers Kollegen Hermann Schlag statt, welcher den Posten des Gauvorstehers nachträglich seit zehn Jahren bekleidet. In warmen Worten würdigte Kollege Fiedler die Verdienste des Genannten um den Gau Schlesien und forderte die Mitglieder auf, demselben nachzustreben in gleicher Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligkeit. Kollege Helle feierte den in Mitgliederkreisen allbeliebtesten Gauvorsteher auch als Freund und hilfsbereiten Kollegen und schloß mit einem Hoch auf denselben. In seiner Erwiderung dankte Kollege Schlag für die ihm erwiesene Anerkennung, betonend, daß er nur seine Pflicht gethan, gab einige Daten, welche Veränderungen der Gau Schlesien während seiner Amtstätigkeit erjahen und brachte dem Gau Schlesien ein Hoch. — Die aus sämtlichen Bezirken des Gau'es eingegangenen Glückwünsche bewiesen, daß das Streben unsers Gauvorstehers allseitige Anerkennung findet. Vorträge mehrerer Kollegen und gemeinschaftlich gesungene Lieder belebten die einfache, aber herzlich feierliche, welche die Kollegen mehrere Stunden zusammenhielt.

r. Chemnitz. Kollege Paul Große errichtete im Oktober in Chemnitz (Nähe der Königl. Staatslehranstalten) ein Atelier für angewandte typographische Arbeit, verbunden mit einer permanenten Ausstellung für das große Publikum. Der Zweck des Unternehmens ist, großen Etablissements vor der Vergebung von luxuriös auszustattenden Reklamendruckarbeiten mit hervorragenden Mustern und praktischen Vorschlägen aufzuwarten. Das Atelier fertigt in der Hauptsache farbenprächtige Original-Entwürfe für das Buchgewerbe.

r. Darmstadt. (Ein Buchdrucker tag in Darmstadt.) Daß solche Tage sicherlich von echt kollegialstem Geiste getragen sind, braucht man wohl hier nicht besonders hervorzuheben und in der That war auch der 8. September ein herrlicher Sonntag, den man in Darmstadt, der hessischen Residenz, verlebte. Schon in früher Morgenstunde brachte das Dampfrohr aus allen Himmelsrichtungen, so von Frankfurt a. M., Heidelberg, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim und Wiesbaden, eine stattliche Anzahl Kollegen nach Darmstadt, um sich dort ein Stelldichein zu geben. Mag doch die Zahl sämtlicher Teilnehmer 450 bis 500 betragen haben. Nach herzlichster Begrüßung an den Bahnhöfen ging's unter Führung der Darmstädter Kollegen durch die herrlichen Anlagen des Herrngartens nach der Brauerei Schützenhof, allwo zunächst dem ersten Morgentribut in Gestalt eines kräftigen Papjels mit Kraut nebst dem nötigen Gerstenkaffe gegulbigt wurde. Nach einiger Rast wurde die Darmstädter Künstlerkolonie besucht. Auch hier hatten wieder in lebenswürdigster Weise die Darmstädter Kollegen die Führung übernommen, wozu es ermöglicht wurde, daß von allen den Reizen und Herrlichkeiten dieses Künstler-Wettbewerbes dem Auge des Besuchers nichts so schnell entrienen konnte. Hier an dieser Stelle eine Kritik über den Inhalt der einzelnen in der Kunst der Neuzeit auf gebauten Willen, der verschiedenen Arrangements gärtnerischer Kunst, der reichhaltigen Ausstattungen modernster Technik, ganz besonders der stark an Lieberleitung grenzenden Zeichnungen und Malereien gedenkend, niederzuschreiben, erachtet der Schreiber dieses für überflüssig und überläßt dies hierhalb der hierzu berufeneren Seite. Nach etwa dreistündigem Rundgange in dieser Kolonie eilte man den einzelnen Quartieren zu, um, nachdem dem Auge so viele Abwechslung geboten, auch des Mittagsmahles zu gedenken. Ueber diese Kunstabwechslung kann Schreiber nur berichten, daß überall den hungrigen Buchdruckermagen in jeder Weise Rechnung getragen worden war. Nach einem kleinen Spaziergange versammelte man sich dann nachmittags um 3 Uhr im Saalbau, woselbst von seiten der Darmstädter eine gemütliche Zusammenkunft zu Ehren der auswärtigen Gäste arrangiert war. Dieser Teil des Tages, sei hier ruhig verraten, war der eigentliche Ansporn, welcher die einzelnen Bezirksvereine sowie auch Kollegen veranlaßte, nach Darmstadt zu pilgern,

— kann es wohl vor Tarifbewegungen etwas Schöneres geben, als wenn sich recht große Massen Kollegen zusammenfinden, um so aufs neue Bande der Freundschaft und Kollegialität zu knüpfen? Auch wird bei solchen Gelegenheiten nicht minder die Einigkeit befestigt. Bald waren die gastlichen Räume des Saalbaues bis auf den letzten Platz gefüllt, viele mußten in dem schattigen Garten und auf der Gartenterrasse sich plazieren. Nach einem kräftig eingesetzten Marsche der Musikkapelle begrüßte der Kollege Oswald-Darmstadt in Verbindung des Vorsitzenden Hildebrandt die Erschienenen mit herzlichsten Worten, worauf alsdann die Kollegengefangsvereine Gesangsquartett Gutenberg-Wein, Gesangverein Gutenberg-Frankfurt a. M. und Typographia-Darmstadt in reichlichstem Maße für den vokal Teil des Nachmittags sorgten. Ihren wirklich guten Leistungen wurde der wohlverdienteste Beifall zu teil. Nachdem nun die Feier in üblicher Weise eingeleitet, ergriff Kollege Wenzel-Ludwigshafen, Vorsteher des Mittelrheingau'es, das Wort, und gab seiner Freude Ausdruck, am heutigen Tage eine so schöne Anzahl Kollegen sowohl des Gau'es Mittelrhein als auch desjenigen von Frankfurt-Hessen hier versammelt zu sehen. Redner verstand es, in packenden Worten den Anwesenden vor Augen zu führen, welche immensen, ganz besonders agitatorischen Wert solche Zusammenkünfte für unsere Organisation hätten. Uebergehend auf die bevorstehende Tarifbewegung, empfahl er besonders die Einigkeit aller Kollegen, denn gerade in dieser liege die ganze Stärke der Organisation. Redner schloß, von öfteren Hochalßbezeugungen unterbrochen, mit einem dreimaligen Hoch auf den Gott, dessen wir stets eingedenk sein sollen, den Verband der Deutschen Buchdrucker. Lebhaft begrüßt wurden diese von Herz zu Herzen gehenden Worte. Nun wechselte das Programm noch in buntester Reihenfolge bis zu den Abendstunden ab, wo es galt, sich zu entfernen, um per Eisenbahn wieder den heimatischen Gehilfen zuzueilen. Manches Abschiedswort, mancher Händedruck wurde noch gewechselt; alle aber traten in dem Bewußtsein den Heimweg an, einen echten kollegialen Buchdrucker tag zu haben, und wird dieser Sonntag allen Teilnehmern in guter Erinnerung bleiben. Schreiber dieses schließt, in dem Wunsche vieler: möchten sich solche Zusammenkünfte jährlich wiederholen, zur Hebung der Kollegialität, zum Wohle unsrer Organisation!

r. Essen. Die am 8. September in Steele abgehaltene Bezirksversammlung war von 115 Kollegen besucht und erreichte damit seit 1896 die höchste Frequenz ziffer. Man weiß nicht, ob man dies mit Genugthuung oder Bedauern konstatieren soll, wenn man bedenkt, daß der Bezirk Essen 282 Mitglieder zählt und vor der Teilung des Bezirks im Jahre 1899 dieser Mitgliederstand ebenfalls vorhanden war. Aus den einzelnen Orten waren anwesend: Essen 73, Gelsenkirchen 31, Wattenscheid 6, Steele 2, Schalke 1 und 2 Kollegen als Gäste. — Vorsitzender Schörek machte nach Eröffnung der Versammlung den Mitgliedern Mitteilung von dem Ableben des Kollegen Kunze, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sihen ehrte. — Weiterhin regte der Vorsitzende das Geschäftliche die Getreidefrage an und beschloß diesbezüglich die Versammlung folgende Resolution: „Die Getreide- und Lebensmittelzölle sind die drückendste und ungerechteste Last, die dem werthigsten Volke zu gunsten einer kleinen Zahl von Großgrundbesitzern auferlegt wird. Die Getreide- und Lebensmittelzölle bilden ein Hindernis für die industrielle Entwicklung, an der die übergroße Mehrzahl der Arbeiter in immer steigendem Maße interessiert ist, insbesondere verfindern dieselben auch den Abschluß günstiger Handelsverträge mit anderen Staaten. Die here in Restaurant Will, Königsstele, versammelten Buchdrucker des Bezirks Essen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker aus Essen, Steele, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Schalke usw. richten deshalb an den Reichstag die dringende Aufforderung, der geplanten Erhöhung der Zölle auf Leisensmittel unter allen Umständen die Genehmigung zu versagen; ferner fordert die Versammlung den Vertreter des Wahlkreises Essen, Herrn Reichstagsabgeordneten Gehl. Stöbel, auf, gegen jede Erhöhung der Getreidezölle zu stimmen.“ — Sodann gelangte Zirkular 4 des Gauvorstandes zur Verlesung, über welches im letzten Berichte der Essener Ortsversammlung bereits berichtet ist. Hierauf erstattete Kollege Adamczewski den Kassenbericht pro 2. Quartal 1901. Die Gesamteinnahme betrug 4248,50 Mark, die Gesamtausgabe 1961,75 Mk., Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 282. Dem Kassierer wurde Rechnung erteilt. Der nächste Punkt beschäftigte sich mit der Stellungnahme zu den zur Tarif-Kommissionsitzung gestellten Gehilfen- und Prinzipalsanträgen. Hierzu verlas Kollege Schörek einen Artikel aus dem Prinzipalsorgan (siehe Corr. Nr. 10). Der Artikel besagt u. a., die meisten Kollegen, wenn sie die Gehilfen beend, seien meistens doch noch nicht im Stande, das Minimum zu verdienen. Mit diesen Worten stellen sich die Prinzipale ein Armutszeugnis aus, indem sie erklären, sie seien nicht im Stande, den Lehrlinge nach vierjähriger Lehrzeit so viel Kenntnisse beizubringen, daß sie den Minimallohn verdienen könnten. Auch bezüglich der ehrsüchtigen Zurechnung des Staffeltarifes gesteht der Artikel, daß Inzornereisheiten zu ungunsten älterer Kollegen Platz greifen könnten, tröstet sich aber mit der billigen Phrase, es würden sich ja Mittel und Wege finden, diesen Uebelständen abzuwehren. Die Versammlung erachtet es indessen für besser, sich diesen Unannehmlichkeiten und „Uebelständen“, die sich jedenfalls in großem Maße einstellen werden, nicht auszuweichen und die Lohnsätze des neuen Tarifes auf denen des alten

weiter auszubauen. Desgleichen verwarf die Versammlung die seitens der Prinzipale beantragte Lehrlingsstala, welche trotz der großen Arbeitslosigkeit infolge der sich immer weiter ausbreitenden Einführung der Segmaschine und der niedrigen wirtschaftlichen Konjunktur eine Erhöhung der Lehrlingsnorm fordere. Die Versammlung beschloß, diesbezügliche Weisungen an den Gehilfenvertreter gelangen zu lassen. — Unter Verschiedenes wurden einige Angelegenheiten erledigt, die für die breite Öffentlichkeit kein Interesse haben. Nach Erledigung dieser Punkte schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

gg. Flensburg. Die am 14. September abgehaltene Versammlung des hiesigen Ortsvereins beschäftigte sich beim ersten Punkte ihrer Tagesordnung, betr. Tarifliches, mit der neugegründeten Druckerei des Herrn Ehlers, da letzterer für sein Personal die Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden festgesetzt hat. Dem Bemühen von seiten eines zu engagierenden Kollegen, die tarifmäßige Arbeitszeit zur Anerkennung zu bringen, begegnete Herr Ehlers mit der Erklärung, daß er sich von Verbänden keine Vorschriften machen lasse. Bezeichnend für die Zustände in qu. Druckerei ist die Thatsache, daß der erst vor kurzer Zeit dem Verbands begetretene und jetzt dort konditionierende Bruder des Besitzers eine Anfrage von seiten des Vorstandes, wie er sich zu dieser Angelegenheit stelle, dahin beantwortete, daß er seinen Austritt aus dem Verbands kundgab. Außer diesem Herrn hat noch ein N.-B., namens Kaiser, bisher in Openrade, dort Stellung erhalten. Es wurde beschloßen, energisch gegen Herrn Ehlers vorzugehen. Zuerst soll die Intervention des Tarif-Amtes nachgejucht, dessen Bescheid abgewartet und von demselben dann die weiteren in dieser Sache zu treffenden Maßnahmen abhängig gemacht werden. — Sodann verlas der Vorsitzende aus der Zeitschrift den von Prinzipalsseite gestellten Antrag betr. Einführung einer Alters-Lohnstala und unterzog letztere einer gebührenden Kritik, besonders auf den Mißbrauch hinweisend, der wohl unausschließlich der Einführung einer solchen Lohnstala folgen würde. Folgende aus der Versammlung hervorgegangene Resolution fand einstimmige Annahme: „In Betreff des Antrages der Prinzipale, für die kommende Tarifrevision nachstehende Lohnstala einzubringen: Gehilfen im Alter von 21 Jahren erhalten 24 Mk., solche von 22 Jahren 22 Mk. und ältere Gehilfen 24 Mk. Gehalt, beschließt der Ortsverein Gutenberg-Flensburg, daß obige Stala für ihn durchaus unannehmbar ist.“ — Die in letzter Zeit vorgekommene Beigerung einiger konditionsloser Kollegen, ihnen außerhalb Flensburgs nachgewiesene Konditionen überpaßt resp. rechtzeitig anzutreten, veranlaßt den Vorsitzenden zu der Mitteilung, daß der Gauvorstand in jedem Falle von seinem statutarischen Rechte (Entziehung der Konditionslosen-Unterstützung) Gebrauch gemacht habe und auch in Zukunft machen werde; ebenso werde verfahren, wenn jemand seine Kondition freiwillig aufgabe. Bei der großen Zahl der Arbeitslosen am Orte sei für eine Einstellung derselben in hiesigen Offizinen absolut keine Aussicht vorhanden und müßten die nicht an den Ort gebundenen Kollegen die ihnen auswärts angebotenen Stellen unverzüglich antreten. — Zum 2. Punkte, betr. Glasarbeiterstreik, wurden, wie bisher, den Glasarbeitern bis zur nächsten Versammlung weitere 8 Mk. pro Woche aus der Ortskasse bewilligt. Gleichzeitg teilte der Vorsitzende mit, daß für denselben Zweck auch aus der Kasse 50 Mk. an den Zentralvorstand nach Berlin gesandt seien. — Für das am hiesigen Orte zu errichtende Gewerkschaftshaus wurde unter Punkt 3 auch für das nächste Quartal der auf uns entfallende Betrag bewilligt. — Die Punkte 4 und 5 betrafen örtliche Angelegenheiten, die ohne besonderes Interesse für die Allgemeinheit sind. Der Punkt Verschiedenes brachte die Mitteilung, daß die Wiedergründung eines Maschinenmeisterklubs stattgefunden habe. Wir wünschen demselben auch an dieser Stelle für die Zukunft glückliches Gedeihen. — In betreff der Handhabung des § 616 des B. G.-B. konnte mitgeteilt werden, daß in zwei Druckereien drei Fälle auf Verlangen der betr. erkrankten Kollegen dem Paragrafen entsprechend ihre Erledigung gefunden hätten. Es handelte sich hierbei um Verbindungen von einem halben Tag, einem und neun Tagen. Aus einer Druckerei wurde der Fall konstatirt, daß den Sehern derartige Verbindungsstage vom Gehalte abgezogen wurden, dem Maschinenpersonal dagegen wurde das Gehalt voll ausgezahlt. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß auch die Kollegen der übrigen Druckereien vorkommendenfalls darauf dringen, daß die unter obigen Paragrafen fallenden Verbindungsstage von seiten der betr. Vergräphen nicht mehr in Abzug gebracht werden. — Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

H. Hannover. (Beirversammlungen vom 10. September.) Unter Beirversammlungen gab der Vorsitzende bekannt, daß zwei Kollegen ihren Austritt erklärt und zwei andere wegen Resfen ausgeschlossen werden mußten. Zum nächsten Punkte: Besprechung über die Anträge der Prinzipale zur Tarifrevision, hatte Kollege Hartwig das Referat übernommen. Redner erläuterte kurz die einzelnen Anträge und kam zu dem Resultate, daß sämtliche Anträge, mit Ausnahme eines einzigen, eine Reduktion des jetzt gültigen Tarifes bedeuteten. In der Diskussion wandte man sich vor allem gegen die Lohnstala, die Druckerlehrlingsstala und den Antrag zu § 32, betr. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, ferner konnte man den Standpunkt des Corr.-Redakteurs bezüg-

lich der **Kassala** und Dauer des **Tarifes** nicht begreifen. Nach längerer Debatte wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 10. September stattgehabte Mitgliederversammlung des **Sokolvereins** Hannover protestiert gegen die in den Anträgen der **Prinzipale** zur **Tarifrevision** zum Ausdruck gebrachten Wünsche auf **Reduktion einzelner Teile des Tarifes** und erwartet von unseren **Gehilfenvertretern**, daß sie die von den **Prinzipalen** gestellten Anträge, soweit sie sich auf den materiellen Teil des **Tarifes** beziehen, strikte ablehnen.“ Hierauf genehmigte die **Versammlung** nachträglich die **Summe** von 100 Mk. für die **streikenden Glasarbeiter**. Die **Abrechnung** vom **Johannisfest** ergab ein **Defizit** von 318,66 Mk., außerdem wurden an **Arbeitslohn** und **Reisen** 198 Mk. **Extra-Unterstützung** verausgabt. Der **Festkommissar** zu **ehren** der **Zubilar** erforderte eine **Ausgabe** von 155,50 Mk. Bei dieser Gelegenheit rügte der **Vorsitzende** den **schlechten Besuch** der **Bereinsveranstaltungen**, z. B. seien von den **Kollegen** von **König & Ehardt**, wozu er eine **Zubilar** konditioniert, von 108 **Mitgliedern** ganze 18 **anwesend** gewesen, auch die **Versammlung** des **Kreises I** sei **speziell** von diesen **Herren** **schlecht** besucht gewesen. Ebenso wurde noch **herborgehoben**, daß auch der **Besuch** der **heutigen** **Versammlung** der **Wichtigkeit** der **Tagesordnung** nicht **entsprechend** sei und wurde **konstatiert**, daß **neben** dem **Gehilfenvertreter** der **gesamte** **Gauvorstand** durch **Abwesenheit** glänzte. Unter **Kollegialität** wurden noch einige **interne Angelegenheiten** **verhandelt** und **schloß** hierauf der **Vorsitzende** die **nur** **mäßig** **befuchte** **Versammlung**. — **Anfang** **Oktober** **beginnen** hierorts **wiederum** die **Volkshochschulkurse**. Im **vergangenen** **Jahre** **nahmen** die **Buchdrucker** **etwa** **den** **vierten** **Teil** **der** **Karten** **ab**, **wir** **hoffen**, **daß** **auch** **in** **diesem** **Jahre** **die** **Beteiligung** **unserer** **Seits** **eine** **mindestens** **ebenso** **große** **sein** **wird**. — **Auch** **im** **hiesigen** **Wahlvereine** **sind** **eine** **Aussprache** **über** **den** **Schiedspruch** **in** **Sachen** **der** **Hamburger** **Accordmänner** **statt**. Für **korrekt** **erklärten** **den** **Schiedspruch** **nur** **vier** **Personen**, **der** **Partei** **Kontrollleur** **und** **Reichstagsabgeordnete** **Meister**, **zwei** **Redakteure** **und** **der** **Vertrauensmann** **der** **Partei**, **während** **sämtliche** **Gewerkschaftler**, **die** **das** **Wort** **ergriffen**, **den** **Schiedspruch** **verwarfen**. **Besonders** **her** **vorzuheben** **ist** **eine** **meisterhafte** **und** **glänzende** **Rede**, **die** **der** **Arbeitersekretär** **Leinert** **gegen** **den** **Schiedspruch** **hielt**. **Die** **Diskussion** **nahm** **dadurch**, **daß** **die** **Leipziger** **Affaire** **in** **die** **Debatte** **gezogen** **wurde**, **eine** **überraschende** **Wendung**. **Denn** **nun** **wurde** **eine** **veritable** **Buchdruckerdebatte** **inferniert** **und** **der** **Teil** **der** **Genossen**, **der** **sich** **auf** **Seite** **des** **Schiedspruches** **stellte**, **droht** **munter** **auf** **die** **vermaledeiten** **Buchdrucker** **los**, **troß**, **zum** **Schlusse** **noch** **das** **Karnikel** **gefunden** **zu** **haben**. (Ein **Schauspiel** **für** **Witter**, **den** **Hamburger** **Accordmänner** **galt** **es** **und** **die** **Buchdrucker** **belamen** **die** **Brügel**. D. S.)

Gildesheim. Die am 7. September abgehaltene Monatsversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Feier des dreißigjährigen Stiftungsfestes des hiesigen Ortsvereins. Am 9. Oktober werden es 30 Jahre, daß der hiesige Ortsverein ins Leben gerufen wurde. Aus Anlaß dieses Jubiläums wurde beschlossen, am 12. Oktober im **Livoli** hier selbst eine entsprechende würdige Feier zu veranstalten. Das hierzu seitens des Vorstandes ausgearbeitete Programm wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Des weitern wurde der Beschluß gefaßt, die zweite diesjährige Bezirksversammlung auf den 20. Oktober nach Gildesheim einuberufen. Unter Berücksichtigung wurde sodann noch für zwei Mitglieder, welche trotz mehrmaliger Aufforderung ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen waren, der Ausschluß beantragt.

Leipzig. Am 4. September tagte im Restaurant Johannissthal eine Vereinsversammlung der in Schriftgießereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Zum Geschäftsberichte des Vorstandes teilte der Vorsitzende **Mortiz Richter** mit, daß bis jetzt 38 Mitglieder konditionslos waren, an diese wurden 581 Mk. Unterstützungen gezahlt und an durchreisende Kollegen 39 Mk. **Viatikum**. Ferner seien 228 Mk. als Beitrag zu den Kongresskosten an die **Zentralkommission** abgeschickt worden; die **Versammlung** beschloß diese **Summe** aus der **Vereinskasse** zu decken. Ueber das **Aussehen** entspann sich eine **längere** **Debatte**. Neben einem **Falle**, der für die **Allgemeinheit** **weniger** **Interesse** **bietet**, wurde **konstatiert**, daß **Kollegen** **aussagen** **müßten**, **nur** **weil** **ihre** **Maschinen** **in** **Reparatur** **genommen** **wurden**; **es** **sei** **dies** **zwar** **im** **Interesse** **betr.** **Kollegen** **zu** **begrüßen**, **wenn** **die** **Maschinen** **wieder** **in** **Stand** **gesetzt** **würden**, **aber** **die** **Kollegen** **während** **dieser** **Zeit** **aussagen** **zu** **lassen**, **sei** **schon** **nach** **unserm** **Tarife** **nicht** **statthaft** **und** **dieses** **Verfahren** **könne** **schließlich** **dazu** **führen**, **den** **Tarif** **in** **diesem** **Punkte** **illusorisch** **zu** **machen**. **Als** **dann** **rügte** **der** **Vorsitzende** **das** **flaue** **Verhalten** **der** **weiblichen** **Mitglieder**; **dieselben** **müßten** **doch** **in** **Zukunft** **die** **Versammlungen** **zahlreicher** **bekommen**. **Die** **Versammlung** **nahm** **noch** **davon** **Reinhold**, **daß** **sich** **in** **Prag** **ein** **Verein** **gegründet** **habe**, **welcher** **dieselben** **Zwecke** **verfolge** **wie** **die** **bestehenden** **Bereine** **und** **werden** **die** **reisenden** **Kollegen** **darauf** **aufmerksam** **gemacht**, **bei** **der** **Durchreise** **dort** **Viatikum** **zu** **erheben**. **Unter** **lokalen** **Angelegenheiten** **ist** **zu** **erwähnen**, **daß** **der** **diesjährige** **Herbstausflug** **am** **6. Oktober** **durch** **das** **Connewitzer** **Holz** **nach** **Deßau** **und** **von** **da** **nach** **Döllitz** **stattfindet**. **Das** **V. Stiftungsfest** **findet** **laut** **Beschluß** **im** **Februar** **1902** **statt**.

Offenbach a. M. (Quartalsversammlung in Bürgel.) Nach Erledigung verschiedener Eingänge durch den Vorsitzenden sprach derselbe den Darmstädter Kollegen den Dank für den freundlichen Empfang aus. — Im abgelaufenen Vierteljahre fanden 1 Quartals-, 2 Bezirks-

versammlungen und 4 Vorstandssitzungen statt. — **Betreffs** **der** **Mitteilungen** **für** **die** **Mitglieder** **des** **Bezirks**, **welche** **alle** **14** **Tage** **vom** **Bezirksvorstande** **herausgegeben** **werden**, **sprach** **der** **Vorsitzende** **seine** **Freude** **darüber** **aus**, **daß** **dieselben** **bei** **den** **Kollegen** **Anfang** **gefunden**, **da** **sie** **diese** **über** **alles** **genau** **informieren** **und** **das** **Restanten-** **unwesen** **durch** **diese** **Veröffentlichung** **bedeutend** **reduziert** **wurde**. — **Die** **Abrechnung** **wurde** **vom** **Bezirkskassierer** **er-** **stattet** **und** **auf** **Antrag** **der** **Revisoren** **denselben** **Decharge** **erteilt**. — **Ein** **Frage**: **Wie** **stellt** **sich** **der** **Bezirk** **zu** **(längeren** **Kündigungsfristen** **(Verträge)**, **wurde** **für** **er-** **ledigt** **erklärt**, **da** **die** **dennächstige** **Tarifrevision** **sich** **damit** **befassen** **wird**. — **Ein** **Antrag** **der** **Gießerkollegen** **um** **Ge-** **währung** **von** **100** **Mk.** **aus** **der** **Bezirkskasse** **zur** **Deckung** **des** **Defizits** **vom** **Kongresse** **in** **Dresden** **wurde** **mit** **Stimmengleichheit** **abgelehnt**, **dagegen** **der** **Antrag**: **Den** **Gauvorstand** **zu** **eruchen**, **die** **auf** **die** **Gießer** **im** **Gau** **Frankfurt-Hessen** **entfallende** **Summe** **aus** **der** **Gaukasse** **zu** **decken**, **angenommen**. **Die** **Gießerkollegen** **waren**, **als** **sie** **ihren** **Antrag** **fallen** **lassen**, **berart** **erregt**, **daß** **sie** **auf** **das** **Blotzenzeichen** **des** **Vorsitzenden** **nicht** **mehr** **achten**, **seinen** **Kollegen** **mehr** **zum** **Worte** **kommen** **ließen** **und** **dann** **der** **nach** **nicht** **beendeten** **Versammlung** **den** **Rücken** **kehrten**. **Ein** **berartiges** **Verhalten** **ist** **entschieden** **zu** **tadeln**.

Potsdam. Die letzte Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins beschäftigte sich u. a. mit den seitens der **Prinzipale** für die diesjährige **Tarifrevision** gestellten Anträgen. Namentlich ist der **Antrag**, welcher die Entlohnung der **Gehilfen** nach **Altersstufen** bezweckt, bei er. **Annahme** eine **schwere** **Schädigung** für die **Gehilfenchaft**. Hierdurch würden die **jüngeren** **Gehilfen** eine **vielbegehrte** **Arbeitskraft**, da **solche** **ja** **billiger** **ist**, während der **ältere** **Gehilfe** **das** **Gegenteil** **erfahren** **müß**. **Und** **manchem** **Gehilfen**, **der** **die** **höchste** **Altersstufe** **erreicht** **hat**, **wird** **es** **dann** **wohl** **schwer** **fallen**, **eine** **Kondition** **zu** **erhalten**. **Da** **nun** **nach** **Ansicht** **der** **Mitglieder** **eine** **gleiche** **Arbeits-** **leistung** **gleiche** **Bezahlung** **wert** **ist**, **wurde** **zum** **Schlusse** **folgende** **Resolution** **angenommen**: **Die** **am** **Sonntag** **den** **14. September** **tagende** **Versammlung** **des** **Ortsvereins** **Potsdam** **erucht** **den** **Gehilfenvertreter** **des** **Tarifkreises** **VIII**, **gegen** **die** **von** **den** **tariftreuen** **Prinzipalen** **zu** **§ 33** **des** **Tarifes** **gestellten** **Anträge**, **betr.** **Entlohnung** **nach** **Alters-** **stufen**, **ganz** **entschieden** **Front** **zu** **machen**.

Prag. (Achtung, Schriftgießer!) — **Herr** **Paul** **Espenhain**, **Reisender** **der** **Firma** **Gundelach & Ebersbach**, **Nichtfachmann**, **sucht** **seiner** **Firma** **auf** **Kosten** **der** **Gehilfen** **und** **des** **von** **ihnen** **mit** **den** **Prinzipalen** **vereinbarten** **Tarifes** **dadurch** **zu** **größerm** **Umsatze** **zu** **verhelfen**, **daß** **er** **nach** **Art** **der** **Schmashinen-Agenten** **die** **Leistungsfähigkeit** **der** **Erzeugnisse** **seiner** **Firma**, **in** **unserm** **Falle** **die** **Regletens-** **prüh- und** **Steggießmaschinen**, **noch** **über** **den** **Schellenkönig** **herauslobt**. **Er** **behauptet** **nämlich**, **daß** **sich** **diese** **Maschinen** **schon** **dadurch** **empfehlen**, **daß** **auch** **ein** **Nichtgelernter** **an** **denselben** **ein** **so** **großes** **Quantum** **zu** **liefern** **im** **stande** **ist**, **daß** **sich** **der** **Gießerpreis** **auf** **ein** **Minimum** **reduzieren**. **Daß** **dies** **Mumps** **ist**, **haben** **die** **deutschen** **Schriftgießer-** **prinzipale** **sofort** **herausgefunden** **und** **obgenannten** **Herrn** **fast** **immer** **mit** **einem** **hüßlichen** **Lächeln** **hinauskomplimentiert**. **Nun**, **da** **in** **Deutschland** **keine** **Lorbeeren** **für** **ihn** **zu** **holen** **sind**, **so** **will** **er** **in** **Oesterreich** **an** **unserm** **Leibe** **die** **Früchte** **seiner** **Beredtsamkeit** **büßen**, **nachdem** **er** **jetzt** **hierher** **das** **Feld** **seiner** **Zhätigkeit** **verlegt**. **Denn** **solte** **es** **ihm** **gelingen**, **hier** **irgendwo** **diese** **Maschinen** **an** **den** **Mann** **zu** **bringen**, **so** **wird** **die** **nächste** **Folge** **sein**, **daß** **der** **betreffende** **Prinzipal** **das** **von** **dem** **Reisenden** **ver-** **sprochene** **Quantum** **zu** **solch** **niedrigen** **Preisen** **im** **Bere-** **chnen** **zu** **erlangen** **sucht**, **daß** **der** **an** **diesen** **Maschinen** **dann** **im** **Berechnen** **arbeitende** **Gießer** **nach** **einem** **halben** **Jahre** **invalid** **wäre** **oder** **er** **müßte** **zu** **einem** **so** **lächerlich** **geringen** **Gewahrgeldlosne** **arbeiten**, **daß** **er** **sich** **kaum** **er-** **nähren** **könnte**. **Daher** **ist** **es** **Pflicht** **eines** **jeden** **Schrift-** **gießers** **und** **zwar** **in** **seinem** **eigenen** **als** **auch** **im** **Interesse** **der** **Gesamtkollegenchaft**, **falls** **ihm** **derartige** **Agenten-** **angaben** **bekannt** **werden**, **dieselben** **auf** **das** **richtige** **Maß** **zurückzuführen**, **denn** **es** **hätte** **wirklich** **nur** **Unannehmlich-** **keiten** **zwischen** **Prinzipal** **und** **Gehilfen** **zur** **Folge**, **wenn** **sich** **ein** **Gehilfe** **verpflichten** **würde**, **das** **zu** **leisten**, **was** **der** **Reisende** **verbürgt**, **denn** **er** **ist** **es** **einfach** **nicht** **im** **stande**, **nicht** **einmal** **ein** **an** **diesen** **Maschinen** **durch** **und** **durch** **eingearbeiteter** **Kollege**. **Unser** **Wissens** **existiert** **in** **ganz** **Deutschland** **für** **diese** **Maschinen** **kein** **so** **niedriger** **Tarif**, **der** **sich** **mit** **den** **Verprechungen** **des** **Herrn** **Reisenden** **nur** **halbwegs** **decken** **würde** **und** **wir** **in** **Oesterreich** **lebenden** **(?)** **Schriftgießer** **fühlten** **es** **ebenso** **wenig** **be-** **wogen**, **auf** **unsere** **Kosten** **einem** **Herrn** **Espenhain** **horrende** **Provisionen** **zu** **sichern**.

Stuttgart. (Versammlung vom 14. September.) Unter **Vereinsmitteilungen** **erwähnte** **der** **Vorsitzende** **zu-** **nächst**, **daß** **Koll. Döblin** **auf** **seiner** **Nidreise** **von** **Luzern** **sich** **hier** **aufhielt**, **bei** **welcher** **Gelegenheit** **am** **Abend** **des** **13. August** **mehrere** **hiesige** **Kollegen** **sich** **in** **der** **„Schwäbischen Bierhalle“** **einsanden**. — **Von** **Heilbronn** **wurde** **berichtet**, **daß** **die** **mit** **der** **Firma** **Rembold & Cie.** **bestehenden** **Differenzen** **wegen** **Entschädigung** **der** **Mas-** **chinenmeister** **für** **durch** **Reparatur** **nötig** **gewordenes** **Feuern** **jetzt** **ihre** **Erledigung** **gefunden** **haben**, **indem** **Herr** **Rembold** **sich** **zur** **Bezahlung** **bereit** **erklärte**, **nachdem** **be-** **reits** **Schiedsgericht** **und** **Tarif-Umt** **zu** **gunsten** **der** **Gehilfen** **entschieden** **hatten** **und** **die** **Sache** **auch** **beim** **Gewerbegerichte** **anhängig** **war**. **Wenig** **nobel** **benahm** **sich** **der** **genannte** **Prinzipal** **gegenüber** **einem** **Gehilfen**, **der** **in** **seiner** **Druckerei** **gelernt** **und** **seit** **er** **als** **Gehilfe** **gearbeitet** **hatte**, **indem** **er** **ihm** **nur** **gegen** **Bezahlung** **von** **14** **Mk.**

erlaubte, **ohne** **Einhaltung** **der** **Kündigungsfrist** **eine** **an** **re** **Kondition** **anzutreten**. **Betreffs** **der** **zur** **Verteidigung** **unser** **letzten** **Versammlungsberichtes** **im** **Corr.** **erschie-** **nenden** **Erklärung** **von** **Hofheim**, **daß** **die** **Maschinenleger** **im** **dortigen** **Beobachter** **seit** **dem** **22. Juni** **keine** **Ueberstunden** **mehr** **machen**, **konstatierte** **der** **Vorsitzende**, **daß** **dem** **Gau-** **vorstand** **zur** **Zeit** **der** **letzten** **Versammlung** **(27. Juli)** **keine** **Nachricht** **von** **dieser** **Thatsache** **zugegangen** **war**. **Bedauerlich** **sei**, **daß** **Hofheim** **mit** **50** **Wochenbeiträgen** **im** **Rückstand** **ist**, **wobon** **ein** **großer** **Teil** **auf** **die** **ge-** **nannten** **Maschinenleger** **entfällt**. **Die** **Firma** **Hofz** **Erben**, **deren** **Druckerei** **bekanntlich** **für** **Verbandsmitglieder** **ge-** **schlossen** **ist**, **ließ** **bei** **einer** **früher** **kurzlich** **biendenden** **Gelegen-** **heit** **durchblicken**, **daß** **ihre** **die** **balbige** **Aufhebung** **der** **Sperre** **angenehm** **wäre**. **Dazu** **die** **Hand** **zu** **bieten**, **haben** **wir** **jedoch** **keine** **Veranlassung**, **so** **lange** **uns** **seitens** **dieser** **Firma** **keine** **Garantien** **geboten** **werden** **für** **anständige** **Behandlung** **und** **vollständig** **tarifmäßige** **Bezahlung** **ih-** **rer** **Gehilfen**. — **Der** **Punkt** **2** **der** **Tagesordnung** **gab** **Ge-** **legenheit** **zu** **einem** **allseitigen** **Meinungsaustausche** **über** **die** **Prinzipalsanträge** **zur** **Tarifrevision**. **Es** **wurde** **dar-** **auf** **hingewiesen**, **daß** **die** **Tarifgemeinschaft** **für** **die** **Gehilfen** **wertlos** **werde**, **wenn** **die** **Prinzipale**, **wie** **aus** **ihren** **Anträgen** **zu** **schließen** **sei**, **die** **gegenwärtige** **schlechte** **Ge-** **schäftslage** **für** **sich** **ausnützen** **wollen**. **Denn** **diesen** **Be-** **strebungen** **gegenüber** **müßten** **die** **Gehilfen** **die** **Möglichkeit** **für** **sich** **in** **Anspruch** **nehmen**, **zu** **gegebener** **Zeit** **ebenfalls** **die** **Konjunktur** **für** **zu** **nutze** **zu** **machen**. **Die** **Absichten** **der** **Prinzipale** **lassen** **sich** **am** **deutlichsten** **erkennen** **aus** **ihren** **Anträgen** **zu** **§ 33** **(Staffelfakt)** **und** **zu** **§ 38** **(Behr-** **lungsskala)**. **Um** **möglichst** **vielle** **billige** **Arbeitskräfte** **ent-** **sprechend** **den** **Anträgen** **zu** **§ 33** **zur** **Verfügung** **zu** **haben**, **wollen** **sie** **durch** **§ 38** **die** **Lehrlingsrichter** **in** **es** **er-** **möglichst**. **Unverkündet** **sei**, **wie** **man** **angeht** **solcher** **Absichten** **der** **Prinzipale** **nach** **von** **einer** **fünfjährigen** **Tarif-** **dauer** **sprechen** **könne**. **Eine** **solche** **sei** **schon** **ausgeschlossen** **durch** **die** **rapide** **Einführung** **der** **Schmashinen**. **Eine** **Schädigung** **der** **berechnenden** **Gießer** **bezwecken** **die** **Anträge** **zu** **den** **§§ 6, 15, 18, 23, 28**. **Die** **Maschinenmeister** **speziell** **protestierten** **gegen** **den** **Prinzipalsantrag** **zu** **§ 34**, **da** **der** **Begriff** **„schwierigere** **Druckarbeiten“** **sehr** **dehnbar** **und** **die** **Anordnung** **von** **Ueberstunden** **den** **Prinzipalen** **ja** **jetzt** **schon**

Attentat in Buffalo geschaffene kritische Lage sind die Ursache. — Bei Aug. Scherl & Co. in Berlin streifen die Berichterstattung, weil für die von ihnen eingekaufte Rechte, welche teilweise für mehrere Zeitungen des Verlags benutzt werden, nur der einfache Zeitungspreis bezahlt werden soll, während die Berichterstattung prozentuale Aufschläge verlangen. — Eine Nummer der Wiener *soz.-d. Arbeiterzeitung* wurde laut Gerichtsbeschluss innerhalb des Agr. Sachzens beschlagnahmt wegen angeblich darin enthaltener Majestätsbeleidigung. — Der Musikchriftsteller Adler-Wilfer, dessen Zeitschrift für die musikalische Welt eingegangen ist, machte in der letzten Nummer seinem Groll über diese Niederlage Luft und bemerkte u. a., daß er nächst bezeichnetes Konkurrenzblatt eine Art Revolverpolitik gegenüber den Künstlern betriebe. Der Herausgeber des letzteren klagte und erzielte in erster Instanz eine Verurteilung seines Gegners. Das hierauf angelegene Landgericht fand in dem Artikel zwar auch eine schwere Beleidigung, meinte aber, daß sich der Beklagte in gutem Glauben befunden. Auch ohne Wahrheitsbeweis müsse ihm geglaubt werden, daß er die gerügten Verhältnisse für vorliegend erachtete. Es wurde ihm auch der Schutz des § 193 zugebilligt. Das Kommergericht hob dieses Urteil auf und wies die Sache nochmals an die Vorinstanz zurück. Letztere habe nicht festgestellt, wie der Angeklagte zu dem „guten Glauben“ gekommen, was die Quelle seines Irrtums sei. — Ein Schöffengericht in Breslau gab eine bemerkenswerte Auslegung der Wahnehrung berechtigter Interessen. Drei Berliner Zeitungen hatten die unwichtige Nachricht von der Zahlungseinstellung eines Weinhändlers in Breslau gebracht. Das Gericht nahm zwar an, daß eine derartige Nachricht für einen Geschäftsmann objektiv stets beleidigend sei, sprach aber die angelegten Redakteure auf Grund des § 193 des Str. G.-B. frei unter folgender Begründung: Sie hätten die speziellen Interessen der Leserkreise ihrer Blätter gewahrt, die darauf Anspruch hätten, über wichtige Vorformnisse unterrichtet zu werden. Sie hätten aber auch ihre eignen Interessen gewahrt, denn sie mußten befürchten, daß durch die Nichtveröffentlichung wichtiger Nachrichten ihre Blätter an Lesern verlieren würden, so daß schließlich ihre (der Redakteure) Stellung bedroht wäre. Diese Auffassung ist ja eine durchaus sachgemäße, hat aber leider bisher in richterlichen Kreisen keinen Anklang gefunden. — Seit Jahr und Tag sind die *Saale-Zeitung* und die *Halle'sche Zeitung* böse auf einander zu sprechen. Einen an sich geringfügigen Anlaß hatte die letztere benutzt, um neuerdings der ersten etwas anzuhängen. Die *Saale-Zeitung* ging nun gegen ihre Konkurrentin im Klagenwege vor, „um einmal festzustellen, daß der seit Jahr und Tag von der *Halle'schen Zeitung* der *Saale-Zeitung* gegenüber beliebte Ton nicht stattfand sei.“ Das Schöffengericht billigte dem angeklagten Redakteur den Schutz des § 193 zu und fand überdies die gebrauchten Ausdrücke nicht für beleidigend. Anders das Landgericht: Die gebrauchten Ausdrücke seien offenbar beleidigend und der Schutz des § 193 könne dem Angeklagten nicht zugestanden werden. Fazit: Jeht Mart Geldstrafe. Im vorliegenden Falle hatte die *Halle'sche Zeitung* von Verleumdung, Hepartikeln, Mißhandlung der Pflichten der Moral und des Anstandes und geschäftigen Angriffen gesprochen und erklärt, daß die *Saale-Zeitung* auf dem Niveau des *soz.-dem. Volksblattes* stehe. Unter „Kameraden“ nimmt man das bekanntlich nicht so streng, daher auch nur 10 Mark. — Die Berliner *Neuesten Nachrichten* wurden zu 50 Mk. verurteilt, weil sie in Bezug auf einen Wiener Journalisten und Herausgeber und Redakteur einer Zeitungs-Korrespondenz den Ausdruck „Oberstmod“ gebraucht hatte. Unter diesem Ausdruck sei nicht nur ein komischer Journalist zu verstehen, sondern ein solcher, der seine Kritik abhängig mache von der Gewährung äußerer Vorteile. Die Gleichstellung mit einem solchen Manne sei beleidigend. — Die *Altenburger Volkszeitung* schloß die gräßliche Amtsüberführung eines Schuhmannes und wurde dafür zu 40 Mk. Strafe verurteilt. Die Vertreter der Staatsgewalt dürfen auch dann nicht beleidigt werden, wenn sie im Unrecht sind. — Die Berliner *Morgenpost* erlitterte des längeren ein Familiendrama und zog sich dadurch eine öffentliche Anklage der Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung zu. Da die Thatfachen im allgemeinen zutreffend wiedergegeben und auch eine formelle Beleidigung nicht zu finden war, so wurde auf Freisprechung erkannt. — Der Herausgeber zweier sogen. Schächtel-Postkarten, Verlagsbuchhändler Gust. W. Denab in Berlin, auf welchen die Morde in Konitz und Pölna dargestellt waren, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden wegen Beschimpfung einer im Inlande mit Korporationsrechten ausgestatteten Religionsgesellschaft.

Die Arbeiter der in Nr. 109 des *Corr.* erwähnten fürstlichbischöflichen Druckerei in Dänitz wurden neulich bei der Lohnauszahlung mit einer Ansprache „beehrt“ und ihnen bedeutet, daß sie in keine Versammlung gehen dürften, welche gegen den Katholikismus und gegen die geistlichen Vorgesetzten gerichtet sei bei Vermeidung gewisser „Konsequenzen“. Bei den Versammlungsverböten bleibt es in solchen Fällen wohl nicht, es dürfte noch manch andere Anforderung an die Arbeiter gestellt werden. Das nennen wir aber am zutreffendsten: Erziehung zur Gefinnungskultur resp. Gesundheit.

Der Minister des „kaiserlichen Hofes“ in Rußland hat den Druck eines billigen „Volksbuches“ veranlaßt — „ein Wert religiös-sittlichen Inhaltes, welches von hochpatriotischem Geiste durchdrungen und mit Beilage

der Porträts ihrer kaiserlichen Majestäten versehen ist.“ Es ist angedeutet worden, daßselbe unter den Fabrikarbeitern (einschl. der Kinder und Frauen) zu verbreiten und zwar an einem Feiertage unter möglichst feierlichem Aufwande. Die Schrift ist bestimmt, „die Arbeiter zu beruhigen, die gesetzliche Ordnung und den normalen Gang der Arbeiten zu erhalten, die Arbeiter von Verwirrungen und Erregungen abzuhalten, die infolge von Gärungen und falscher Beurteilung der obrigkeitlichen Gewalt vorkommen oder vorkommen können.“ — So lange man die Arbeiter als Parasiten behandelt, welche nichts zu sagen haben, sind solche Versuche als deplatziert zu bezeichnen. Weit angebrachter wäre es, in einem Volksbuche für die Unternehmer diesen den Nachweis zu führen, daß die Arbeiter auch Menschen sind. Wenn es in den „höheren“ Kreisen besser wird, dort mehr auf gute Sitte und Moral gehalten und den Arbeitern wenigstens die Eckenbogenfreiheit gewährt wird, ihre Interessen wahrzunehmen, dann sind solche Belehrungen überflüssig.

Die archäologische Gesellschaft in Moskau beschloß, dem ersten russischen Buchdrucker, Ivan Fedorow, ein Denkmal zu setzen. Für die besten Entwürfe wurden 5000, 500 und 300 Rubel ausgesetzt. Das Defizit in der Kasse beträgt angeblich 2 Millionen Mark.

Ein in München versammelter Delegiertentag deutscher Baugewerksmeister gerierte sich als Gesetzgeber. Man beschloß, den § 616 des B.-G.-B. für gewerbliche resp. Fabrikarbeiter außer Kraft zu setzen, da deren Arbeitsverhältnisse im Titel VII. der G.-D. geregelt seien. Ferner soll im Str.-G.-B. eine Bestimmung zum Schutze der Arbeitswilligen aufgenommen werden — der § 153 der G.-D. genügt den Herren nicht. Die Frage der Wohnsnot wurde mit der Erklärung erledigt, daß eine solche zur Zeit nicht existiere, da die Arbeitslöhne so hoch seien, daß jeder solide Arbeiter sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung beschaffen könne. Die Steigerung sei eine Folge der erhöhten Arbeitslöhne bei vermindelter Leistung, der gesteigerten hygienischen Anforderungen, der Baupekulation der Banken und Terrainspekulationen, der Einschränkung der Rechte der Vermieter usw. Schließlich wurden natürlich die Eingriffe von Staat und Gemeinde in die Wohnungsfrage scharf getadelt und dem unbeschränkten Bau- und Bodenwucher der Hausgacrarier das Wort geredet.

Die S.-A.-B. teilt einige Proben der Unternehmer-Rechnkunst bei Submissionsarbeiten mit. So betrug die Differenz zwischen Höchst- und Niedrigstgebot für den Bau einer Kirche in Delmenhorst 44000 Mk., für die Erdarbeiten beim Oberdurchstich bei Ratibor sogar 122000 Mk. Der Anschlag lautete auf 150000, das Höchstgebot 180000, das niedrigste 58000 Mk. Für den Bau eines Schulgebäudes in Nürnberg war der Preis der Submittenten nur ein ganz kleiner und angeßig waren es lauter solide und leistungsfähige Baufirmen, welche Angebote machten, gleichwohl ergab sich zwischen den Meist- und Wenigst-Forderungen eine Differenz von 104000 Mk. — Dabei läßt sich mancherlei denken!

In Chemnitz sind in der Schuhmacher-Zinnung etwa 250 Meister vereinigt, welche im Ganzen 200 Gehilfen und 8 Lehrlinge beschäftigen. Ob unter solchen Verhältnissen von einer Zinnung im herkömmlichen Sinne die Rede sein kann? Wir bestreiten das, halten dieses Beispiel vielmehr für einen Beweis mehr, daß das ganze Zinnungsgesetz mit seinem Meistertitel usw. in die heutige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht hineinpaßt.

Die Zwangsinnung der Schlosser und Maschinenbauer in Elberfeld beschloß ihre Auflösung. Ein Teil der Mitglieder will es mit einer freien Zinnung versuchen.

Die Zwangsinnung der Korbmacher für Sachsen-Altenburg löste sich ebenfalls auf. Charakteristisch ist der Anlaß der Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Zinnungsherrschaft: Dem Vorstande wurde nämlich eine Inzeraten-Rechnung über 83 Mk. für amtliche Bekanntmachungen präsentiert. So viel war aber die Zinnung ihnen nicht wert.

Die Verfügung des Leitender Landrates v. Stubenrauch (s. Nr. 108), durch welche die Schöneberger Ortskrankenkasse angevisiert wurde, von einem Bezuge der Arzneien aus Potsdam abzusehen, ist auf die Beschwerde des Rassenvorstandes vom Regierungspräsidenten außer Kraft gesetzt worden.

Der im vorigen Jahre gegründete Sauerländische Arbeitgeberverein scheint es als seine vornehmste Aufgabe zu halten, das von ihm in Anspruch genommene Koalitionsrecht den Arbeitern vorzunehmen. Eine kleine Differenz bei der Firma Weidewald & Wilmes, Lampen- und Metallwarenfabrik in Rechem a. d. Ruhr, gab ihm den Anlaß, 112 Arbeiter auszusperren. Angeborene Verhandlungen, auch eine Vermittlung des Bürgermeisters wurden zurückgewiesen mit dem Bemerkten, man wolle mit Gewerksvereinen nichts zu thun haben, auch wenn diese unter der Flagge „christlich“ marschieren. Die betreffenden Arbeiter wenden sich nun an die gesamte Arbeiterschaft um Unterstützung. Wir sollten meinen, daß die beteiligten Gewerksvereine bei jo geringer Zahl der Ausgesperrten diese Unterstützung wohl allein ausbringen in der Lage sind.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-N. wies bereits in der ersten Woche des Streiks neun auswärtige Glasmacher (Ausländer) aus mit der Motivierung, daß sie in der Glashütte von Siemens nicht wieder angestellt

würden (?) und dadurch der Armentasse zur Last fallen könnten. Die Amtshauptmannschaft wie das Ministerium haben diese Maßregelung bestätigt.

Lohnbewegung. Die Organisation der Glasarbeiter hat den Generalstreik für aufgehoben erklärt und zwar — wegen Mangels an ausreichender Unterstützung. Die gesamte Arbeiterschaft wurde zu wiederholten Malen in kräftigster Weise zur Unterstützung aufgefordert. An „Sympathie“ fehlte es nicht, aber an thätiger Beteiligtheit dieser Sympathie. In Götting legte ein Teil der beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder wegen zu geringer Entlohnung. In der Fabrik von Meier & Erbbrint in Münchhof (Sax.) traten sämtliche Zigarrenarbeiter in den Streik wegen Verbotes der Zugehörigkeit zur Organisation. In der Zündholzfabrik von Bohl & Co. in Ranow (Pommern) wurde der Vertrauensmann des Verbandes ohne Begründung entlassen. Nachdem 160 von 180 Arbeitern resp. Arbeiterinnen für denselben durch Niederlegung der Arbeit eingetreten waren, wurde der Gemahregehalt wieder eingestellt und daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

Ein Streik der Eisenmehlarbeiter in Rom endete zu gunsten der Arbeiter. Es wurde eine Lohnerhöhung von 65 Cent. bis 1 Lira, die Abschaffung der Accordarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Anerkennung der Gewerkschaft erzielt. Nun sind die Holzarbeiter in die Lohnbewegung eingetreten, die Eisenhämmer werden demnächst ihnen folgen. Auch die Handlungsgehilfen rühren sich und zwar zur Herbeiführung der Sonntagsruhe.

Nach Mitteilungen des Borworts sind die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter Englands seit dem Jahre 1886 stetig in die Höhe gegangen. Der Wochenlohn für die Bergleute in den Königreichen betrug Ende 1886 noch 21 Schilling 1 Penny. Im Jahre 1900 war der wöchentliche Durchschnittslohn eines englischen Kohlengräbers auf 33 Schilling 11 Pence gestiegen. Den höchsten Lohn erreichten die Bergleute von West-Schottland, nämlich 42 Schilling 2 Pence; die Nordhumberlands- und Durham-Bergleute erzielten einen Lohn von 35 Schilling 4 Pence beziehentlich 34 Schilling 10 Pence. Die Produktion ist seit dem Jahre 1886 ebenfalls rapide gestiegen; im Jahre 1886 wurden 157,5 Millionen Tonnen gefördert, im Jahre 1900 aber 225,1 Millionen Tonnen.

In der Thronrede, mit welcher die Generalstaaten der Niederlande eröffnet wurden, wird eine Revision des Gesetzes betr. die Sonntagsruhe als Gesetzesvorlage angekündigt, ferner die obligatorische Unfallversicherung mit Ausdehnung auf die Seefischer und ländlichen Arbeiter. Weiter sei in Vorbereitung die obligatorische Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung.

Eingänge.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender für 1902, Preis 60 Pf., ist soeben im Verlage der Buchhandlung Borworts, Berlin, Beuthstr. 2, erschienen. Sein Inhalt ist nicht so reichhaltig als der früherer Jahrgänge. Von besonderem Interesse sind nur die beiden Arbeiten von Singer, Erläuterungen zu den Gesetzen: Die Versorgung der Kriegswitwen und der Kriegshinterbliebenen und Das Unfallversicherungs-gesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes. Dankenswert sind auch die Praktischen Hinde für den Arbeiter in seinem Arbeitsverhältnisse. Ferner ist darin ein Adressenverzeichnis deutscher Gewerbeinspektoren, der Arbeiterssekretariate und der Vorsitzenden der zentralisierten Gewerkschaften enthalten, sowie die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1893 und 1898 mit allen Nachwahlen bis August 1901. Damit erschöpft sich der wesentliche Inhalt des Kalenders. Zu erwähnen ist noch eine Abbildung des Entwurfes zu dem Liebknecht-Denkmal in Berlin. Der dem Kalendarium beigelegte historische Kalender enthält manche wissenschaftliche Daten, bemerkenswerterweise aber ist in demselben auch nicht ein einziger der deutschen Gewerkschaftskongresse erwähnt, während die Kongresse einzelner Gewerkschaften (z. B. Berg- und Metallarbeiter) im historischen Kalender Platz gefunden haben. Dagegen haben in demselben Vorformnisse Aufnahme gefunden, die kein Mensch der Aufzeichnung für wert hält. Hier einige Proben: Draga-Komödie in Serbien, Hammerstein aus dem Zuchtstapel entlassen; ferner weiß der Historiker des Notiz-Kalenders ganz genau, daß Tell am 18. November 1307 den Apfel vom Kopfe seines Sohnes geschossen hat, während bekanntlich die wirklichen Historiker sich noch darüber streiten, ob Tell wirklich zu dem angegebenen Zeitpunkt gelebt oder ob man es mit einer älteren Sage zu thun hat. Walterfees Wüstebausbrand in Peking und dergl. mehr konnte ohne Schaden für die historische Bildung der deutschen Arbeiter unerwähnt bleiben und die Draga-Komödie in Serbien, die erst von sensationalistischen und zensurhelferischen Zeitungsschreibern auf die Höhe des „historischen“ Interesses gebracht wurde, hält wohl keinen Vergleich aus mit der Bedeutung der deutschen Gewerkschaftskongresse, für die sich kein Platz im historischen Kalender finden ließ.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Verlag von Georg Reimer in Berlin), enthält in Nr. 24 des 4. Jahrganges u. a.: Der Angriff der Handelsbank Hamburg auf die partikulären Arbeitsnachweise. Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. Die Gewerkschaften Deutschlands 1900. Arbeitslohnverhandlungen in Berlin. Statistisches Monatsmaterial. Verwaltung der Arbeitsnachweise. Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über August 1901.

